

Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005.

02	Lagebericht
54	Bilanz
58	Gewinn- und Verlustrechnung
60	Anhang
85	Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Weltwirtschaft

Stabiles Wachstum, geringere Dynamik

Das Wachstum der Weltwirtschaft erwies sich im Jahr 2005 mit einem Plus von 4,3% als robust. Bedingt durch den Anstieg der Ölpreise verlief die Entwicklung allerdings etwas weniger dynamisch als im Vorjahr. Die größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, legte um 3,6% zu. Japan konnte nach zehn Jahren Stagnation mit einer Quote von 2,2% zum zweiten Mal in Folge eine positive Entwicklung vermelden.

Eurozone und Deutschland

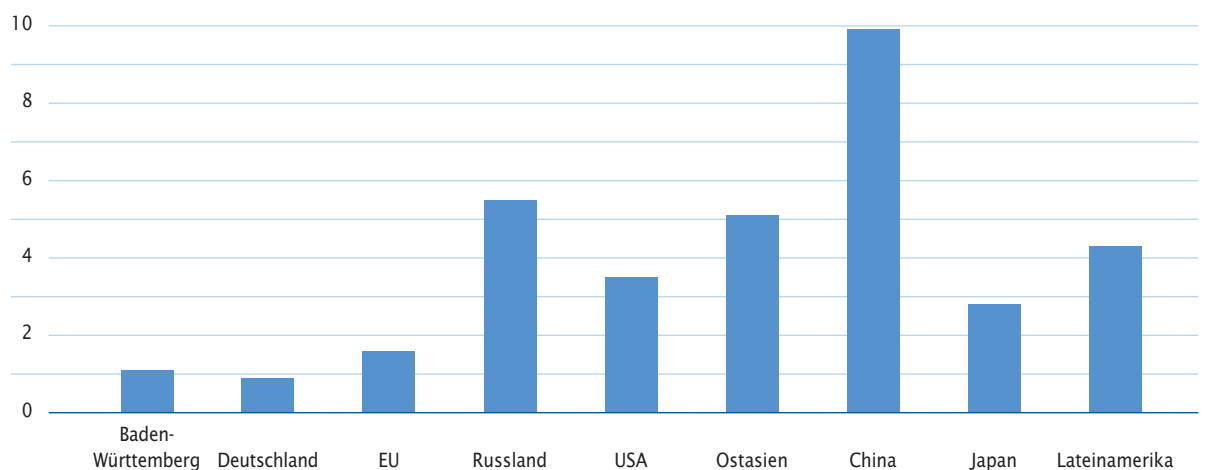
Boomender Export, schwache Binnennachfrage

Seit Sommer 2005 verdichteten sich die Hinweise auf eine konjunkturelle Belebung in der Eurozone und Deutschland. Dennoch war die wirtschaftliche Expansion vor allem in den großen EU-Staaten im internationalen Vergleich bescheiden.

Das BIP-Wachstum Deutschlands lag 2005 bei einem Plus von einem Prozent. Maßgebend für das anhaltend, vergleichsweise geringe Wachstumstempo Deutschlands war die fehlende binnenwirtschaftliche Dynamik. Während der Export von der Weltkonjunktur profitierte, stagnierte die Inlandsnachfrage.

Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes* im Jahr 2005

in %



Quelle: Thomson Financial Datastream

* Grafik ist nicht Bestandteil des geprüften Konzernlageberichts

Hier wirkte sich vor allem die Kaufzurückhaltung der Bundesbürger belastend aus, die in der schwierigen Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt begründet ist. Die Zahl der Arbeitslosen stieg trotz der Reformen am Arbeitsmarkt weiter und überschritt – erstmals seit der Wiedervereinigung – die Grenze von fünf Millionen. Ein weiterer Faktor für die schwache Binnennachfrage waren die geringen Bauinvestitionen.

Baden-Württemberg

Belebte Konjunktur, gute Auslandsgeschäfte

Auch in Baden-Württemberg hellten sich seit Sommer 2005 die Konjunkturaussichten auf. Eine dynamische Aufwärtsbewegung verzeichnete die Wirtschaft bei den Auslandsumsätzen. Ausschlaggebend für das Wachstum war die große Nachfrage aus den Ländern der Eurozone.

Auch im Inlandsgeschäft zeigte sich ein positiver Trend, der bis auf die Verbrauchsgüterhersteller alle Industriesparten erfasste. Der private Konsum allerdings erwies sich nach wie vor als bremsend.

Insgesamt stieg das BIP in Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr mit 1,1% etwas stärker als im Bundesdurchschnitt. Das Land gehörte damit zu den wachstumsstärksten Bundesländern.

Preisentwicklung

Steigende Inflation, höhere Energiekosten

Deutlich teurer als im Vorjahr waren Rohstoffe und Energieträger. Als Folge davon erhöhten sich in zahlreichen Industrieländern die Preise. Abgesehen von höheren Energiekosten war das Preisklima jedoch weiterhin günstig.

Devisenmärkte

Euro verliert, USD gewinnt

In das Jahr 2005 startete die europäische Gemeinschaftswährung mit einem Hoch – ein Euro kostete 1,36 USD, danach ging es jedoch, zunächst bedingt durch die konjunkturelle Situation in Europa und in der zweiten Jahreshälfte durch die wachsende Zinsdifferenz zwischen den USA und Europa, bergab. Per saldo kaum verändert – nach einer Erholung im zweiten Halbjahr – war dagegen der Wechselkurs des Euro zum Japanischen Yen.

Entwicklung EUR/USD 2005*

in USD



* Grafik ist nicht Bestandteil des geprüften Konzernlageberichts

Rentenmarkt

Steigende Leitzinsen, positiver Renditetrend

Im Jahr 2005 wurden an den Rentenmärkten neue historische Renditetiefs für Euro-Staatsanleihen verzeichnet. In der zweiten Jahreshälfte wies jedoch der Trend bei den Renditen aufwärts, auch weil letztlich die Inflationssorgen infolge eines Ölpreisschubs dauerhafter waren als die damit einhergehenden Konjunkturängste. Außerdem zeigte sich ein positiver Renditetrend für Papiere mit kurzer Restlaufzeit. Dabei gaben die Notenbanken den Ton an. Die US-Notenbank erhöhte den Leitzins schrittweise von 2,25 auf 4%, und auch in der Eurozone hob die Europäische Zentralbank zum Ende des Jahres den Leitzins das erste Mal seit 2003 um 0,25 Punkte auf 2,25% an.

Entwicklung des Rentenindex REX im Jahr 2005*

in Punkten



* Grafik ist nicht Bestandteil des geprüften Konzernlageberichts

Aktienmarkt

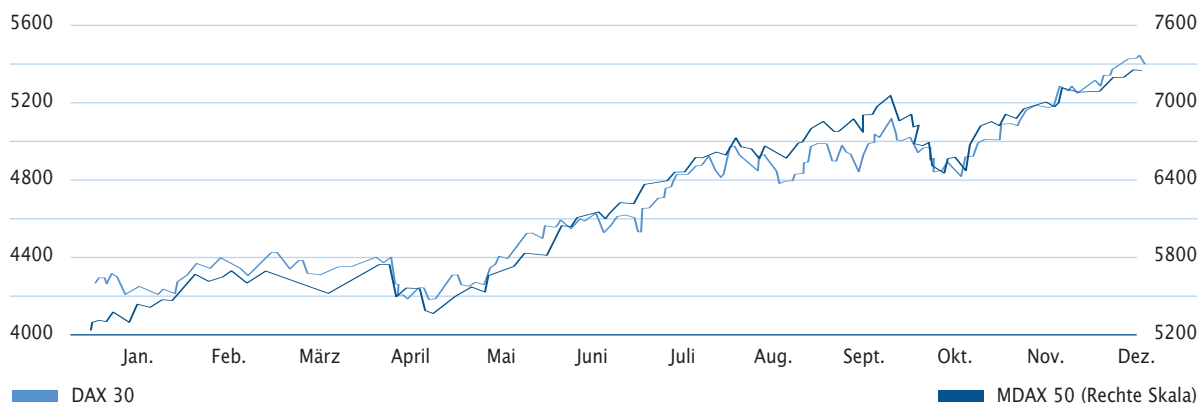
Gutes Klima, steigende Kurse

Die Aktienmärkte haben ein überwiegend freundliches Jahr hinter sich. Der Deutsche Aktienindex (DAX) nahm nach einem verhaltenen Start im Frühjahr und Sommer Fahrt auf. Die Kursrallye führte von 4 200 bis auf über 5 200 Punkte – und bescherte den Anlegern damit den höchsten Stand seit drei Jahren. Der MDAX erreichte sogar ein Jahreshoch von 7 234 Punkten. Ausschlaggebend für die Tendenz nach oben waren

vor allem die robusten Gewinnaussichten der deutschen Unternehmen. Sie profitierten von der gefestigten Weltkonjunktur sowie von einer Effizienzsteigerung in den zurückliegenden Jahren. In Deutschland gehörten vor allem Banken, Versicherer und Versorger sowie Autowerte zu den Kursgewinnern, international legten auch Aktien der Ölbranche stark zu. Weniger erfolgreich waren Technologietitel; Aktien der Telekommunikationsbranche erzielten sogar eine negative Performance. Kaum gefragt waren Aktien der Einzelhandelsunternehmen.

Entwicklung von DAX und MDAX im Jahr 2005*

in Punkten



* Grafik ist nicht Bestandteil des geprüften Konzernlageberichts

Quelle: Datastream

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Erhöhte Effizienz, verschärfte Rahmenbedingungen

Die im Vergleich zum Vorjahr besseren konjunkturellen Rahmenbedingungen hatten positiven Einfluss auf die Geschäfts- und Ertragslage der Kreditwirtschaft. Die deutschen Institute profitierten 2005 von den in den Jahren zuvor ergriffenen Maßnahmen: Das konsequente Kostenmanagement und striktere Risikoorientierung steigerten die Effizienz. Diesen positiven Einflüssen standen schwierige Marktbedingungen gegenüber.

Weiterhin prägte eine hohe Wettbewerbsintensität und steigende Erwartungen der Kunden das Marktgeschehen.

Als Belastung stellten sich die anhaltend hohen formalen Anforderungen dar, die durch neue rechtliche Rahmenbedingungen, beispielsweise MaRisk, Basel II, IAS sowie die Geldwäscheprävention, entstanden. Darüber hinaus mussten sich die Kreditinstitute in einem Umfeld bewähren, das von fortschreitender Konsolidierung sowie Globalisierung geprägt ist.

Beispielhaft dafür war die Übernahme der HypoVereinsbank durch die italienische Unicredit, die erste große, grenzüberschreitende Fusion am deutschen Bankenmarkt.

Rechtliche Rahmenbedingungen.

Neue Haftungsbedingungen, neues Pfandbriefgesetz

Die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Banken haben sich mit der EU-Kommission am 17. Juli 2001 in Brüssel auf eine Umgestaltung der Haftungssysteme (Gewährträgerhaftung und Anstaltslast) der deutschen öffentlichen Banken geeinigt. Vereinbart wurde eine Übergangsfrist von vier Jahren, diese lief am 18. Juli 2005 ab. Seitdem ist es öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten nicht mehr möglich, Anleihen zu begeben, die mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung versehen sind.

Für bestehende Verbindlichkeiten, die bis einschließlich 18. Juli 2001 eingegangen wurden, hat die Gewährträgerhaftung bis zum Ende der Laufzeit Gültigkeit. Soweit die Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht, gilt die Gewährträgerhaftung auch für Verbindlichkeiten, die während der vierjährigen Übergangszeit bis zum 18. Juli 2005 begründet wurden. Die Träger der LBBW werden ihren Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald sie bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt haben, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen des Instituts nicht befriedigt werden können. Die Anstaltslast ist zum 18. Juli 2005 für alle Verbindlichkeiten der LBBW entfallen.

Im Juli 2005 wurde das allgemeine deutsche Pfandbriefgesetz (APG) eingeführt. Hintergrund ist die Zusammenführung des Hypothekendarlehensgesetzes (HBG) sowie des Gesetzes über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG). Damit erhielt das größte Segment am Euro-Rentenmarkt eine neue juristische Grundlage. Absicht des Gesetzgebers ist es, die Qualität des Pfandbriefs weiter zu stärken und eine höhere Transparenz zu ermöglichen. Eines der entscheidenden Merkmale ist die Aufgabe des Spezialbankenprinzips. Zukünftig wird jede Bank eine Lizenz für die Emission von Pfandbriefen beantragen können, sofern sie besondere Mindestanforderungen erfüllt.

Wichtige Ereignisse im Berichtsjahr.

In der Geschichte der LBBW ist das Jahr 2005 von großer Bedeutung. Die Integration zweier neuer Töchter in den LBBW-Konzern sowie der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung stellen für die Zukunft Herausforderungen, aber auch große Chancen dar.

Übernahme der Landesbank Rheinland-Pfalz

Zum 1. Januar 2005 wurde die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) eine hundertprozentige Tochter der Landesbank Baden-Württemberg. Damit entstand mit einer Bilanzsumme von über 400 Milliarden EUR eine der fünf größten Geschäftsbanken in Deutschland. Zuvor hielt die LBBW 20% an dem Mainzer Institut. Der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz hat seinen 80%igen Anteil an der Landesbank Rheinland-Pfalz im Wege einer Sacheinlage in die LBBW gegen Gewährung von Anteilen eingebracht.

Zusammenschluss mit der BW-Bank

Der Zusammenschluss der BW-Bank AG und der Landesbank Baden-Württemberg war bereits seit 2003 vorbereitet worden. Am 8. April 2005 fasste die Gewährträgersammlung der LBBW den endgültigen Beschluss zur Integration des Instituts als unselbstständige Anstalt öffentlichen Rechts. Die BW-Bank übernahm nach dem Ausschluss von Minderheitsaktionären, dem so genannten Squeeze-out-Verfahren, zum 1. August 2005 das Privat- und Unternehmenskundengeschäft der Landesbank im Kernmarkt. Sie erfüllt gleichzeitig für die LBBW auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart die Funktion einer Sparkasse, während sich die LBBW als Universal- und internationale Geschäftsbank im Wholesalesgeschäft engagiert. Dazu gehört sowohl die Betreuung überregionaler, internationaler Unternehmens- und institutioneller Kunden als auch der Geld-, Wertpapier- und Devisenhandel. Die LBBW ist darüber hinaus Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg und übt gemeinsam mit der Landesbank Rheinland-Pfalz die Zentralbankfunktion für die Sparkassen in Rheinland-Pfalz aus.

Änderung der Trägerstruktur

Durch die Einbringung der BW-Bank-Anteile der BW-Holding, an der neben der mehrheitlichen Beteiligung der LBBW das Land Baden-Württemberg und die L-Bank beteiligt waren, und die Übernahme der LRP hat sich die Trägerstruktur der LBBW mit Wirkung zum 1. Januar 2005 verändert. Folgende Träger sind nun am Stammkapital der LBBW beteiligt:

- das Land Baden-Württemberg mit 35,611 % (zuvor: 39,5 %)
- der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 35,611 % (zuvor: 39,5 %)

- die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932 % (zuvor: 21 %)
- die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank mit 4,923 % (neu)
- der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz mit 4,923 % (neu)

Personal.

Im Vordergrund der Personalplanung und -entwicklung im Jahr 2005 stand der Prozess des Zusammenschlusses der BW-Bank und der LBBW.

Strukturelle und fachliche Integration

Bedingt durch die Bündelung des Privat- und regionalen Unternehmenskundengeschäfts in der BW-Bank gab es Verschiebungen von Mitarbeitern beider Institute. So wechselten 3 167 Beschäftigte der LBBW in die Geschäftsfelder Privat- und Anlagekunden, Unternehmenskunden und Marktfolge der BW-Bank. Umgekehrt wurden 1 007 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der BW-Bank den Dezernaten Corporate Center, Finanzen, Geschäftsabwicklung und IT, Marktfolge und Handel der neuen LBBW zugeordnet.

Mitarbeiterzahlen

	LBBW-Konzern	LBBW-Bank
Frauenanteil	51 %	52 %
Mitarbeiter in Teilzeit	18 %	19 %
Mitarbeiter über 50 Jahre		18 %
Mitarbeiter 41 – 50 Jahre		29 %
Mitarbeiter 31 – 40 Jahre		32 %
Mitarbeiter unter 31 Jahre		21 %

Damit waren bei der BW-Bank ab 1. August 2005 4 178 Mitarbeiter beschäftigt. In der LBBW waren ohne Töchter und ohne Teilkonzern-Unternehmen zum gleichen Termin 5 412 Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt arbeiteten zum 31. Dezember 2005 12 551 Personen für den LBBW-Konzern bzw. davon 9 565 Personen für die LBBW-Bank.

Personalüberleitungskonzept

Den Rahmen für die Umstrukturierungen bildete das Personalüberleitungskonzept. Sein Kern bestand in der Überleitung aller bestehenden Beschäftigungsverhältnisse der BW-Bank zur LBBW. Bis zum 1. August 2005 lag der Schwerpunkt auf der Errichtung der neuen Bank. Nach der erfolgten Integration ging es danach bis zum Ende des Jahres vorrangig darum, die fachliche Integration vorzubereiten und die Prozesse der beiden Vorgängerinstitute in einer neuen Zielorganisation zusammenzuführen. Zum Jahresbeginn 2006 startete die fachliche Integrations- und Konsolidierungsphase. Ihr Ziel ist es, die Personalausstattung den harmonisierten Prozessen der neuen Bank anzupassen. Wie bereits in der Vergangenheit wird sich die LBBW um eine arbeitnehmerfreundliche und sozialverträgliche Umsetzung der Integrations- und Konsolidierungsmaßnahmen bemühen. Diese Phase soll bis zum 31. Dezember 2007 abgeschlossen sein.

Die Integration machte auch die Vereinheitlichung der betrieblichen Regelungen notwendig. In gutem Einvernehmen mit den Arbeitnehmervertretern wurden die wesentlichen Betriebsvereinbarungen in Dienstvereinbarungen überführt.

Sozialplan: Die Integration der BW-Bank AG in die LBBW hatte die Neuorganisation einiger Geschäftsbereiche zur Folge. Die Umgestaltung von Arbeitsorganisationen bedeutete teilweise auch den Wegfall von Stellen. Um eventuell eintretende Nachteile der betroffenen Beschäftigten zu mildern beziehungsweise auszugleichen, wurde der Sozialplan Integration und eine entsprechende Vereinbarung mit dem Sprecherausschuss abgeschlossen. Vorrangiges soziales Ziel dieser beiden Vereinbarungen ist es, die Arbeitsverhältnisse zu erhalten.

Change Management Konzept: Um den Integrationsprozess von LBBW und BW-Bank professionell zu begleiten, wurde ein Konzept für einen Integrations-Workshop entwickelt und umgesetzt. Er richtete sich zunächst nur an die zweite und dritte Führungsebene. Seit Start des Integrationsprozesses im Juni 2005 wurden bis Jahresende 153 Integrationsmaßnahmen durchgeführt. Dabei handelte es sich um Auftragsklärungsgespräche mit den Bereichsleitern, ein- bis mehrtägige Integrationsworkshops sowie individuelle Beratungs- und Coachinggespräche mit den Führungskräften.

Führungsebenen mit neuer Struktur

Nach der Neustrukturierung besteht der Vorstand der LBBW aus sechs Mitgliedern. Die BW-Bank hat als unselbstständige Anstalt der Landesbank Baden-Württemberg einen Vorstand aus fünf Mitgliedern, zuzüglich zwei Mitgliedern des LBBW-Vorstands. In der LBBW existieren sechs Dezernate, denen 22 Bereiche und 2 Stabsabteilungen zugeordnet sind. Den sieben Dezernaten der BW-Bank sind 14 Bereiche und eine Stabsabteilung angegliedert.

Vergütung

Neues Tarifrecht und harmonisierte Systeme

Am 1. Oktober 2005 trat der Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) in Kraft. Er ersetzte den bisher gültigen Bundes-Angestelltentarif (BAT). Die bisher mit BAT vergüteten Mitarbeiter werden automatisch auf den TVöD übergeleitet. Das neue Tarifrecht wurde vereinfacht und leistungsferne Bezahlssysteme wie Lebensaltersstufen abgeschafft. Im Gegenzug fanden variable Entgeltbestandteile und flexible Arbeitszeitregelungen Eingang in das Regelwerk.

Die Harmonisierung der Vergütungssysteme von BW-Bank und LBBW wurde 2005 begonnen und setzt sich 2006 noch fort. 2007 soll dann ein einheitliches Vergütungs-Modell in die Praxis umgesetzt werden.

Ausbildung bei der LBBW

Für ein solides Fundament

Das Ziel, möglichst vielen jungen Menschen einen guten Start in das Berufsleben zu ermöglichen, ist nicht nur in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht von Bedeutung. Die Auszubildenden der LBBW sind das Fundament für eine erfolgreiche Personalpolitik, die nicht nur in der Kreditwirtschaft einen wesentlichen Erfolgsfaktor darstellt. Zum 31. Dezember 2005 standen insgesamt 581 Berufsanfänger in einer Ausbildung beim LBBW-Konzern, 52 davon in den Teilkonzern-Unternehmen und 529 bei der LBBW-Bank.

Von den 581 jungen Menschen in Ausbildung waren 181 Studierende des LBBW-Konzerns für ein Studium an einer Berufsakademie eingeschrieben, 19 davon aus Teilkonzern-Unternehmen und 162 Studierende aus der LBBW-Bank.

400 Auszubildende des LBBW-Konzerns standen in folgenden Berufen in einer Ausbildung:

Bankkauffrau/-mann	301
Kauffrau/-mann für Bürokommunikation	33
Fachinformatiker/-in	26
andere kaufmännische Berufsbilder	35
Koch/Köchin (in der LBBW Gastro Event GmbH)	5

Weiterbildung bei der LBBW

Gut gerüstet in schwierigen Märkten

Dynamische Märkte fordern kompetente Mitarbeiter, die sich den aktuellen Herausforderungen selbstbewusst und motiviert stellen. »Lebenslanges Lernen« ist in diesem Zusammenhang mehr als ein Schlagwort. Dabei geht es um Wissensvermittlung, aber auch um Wissensmanagement. Die LBBW gab im Berichtsjahr ihren Mitarbeitern auf allen Ebenen eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich weiterzubilden. Diese wurden

umfangreich genutzt: Insgesamt haben die Weiterbildungsaktivitäten im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Das Programm berücksichtigte sowohl die Anforderungen des Unternehmens als auch die Bedürfnisse der Mitarbeiter. Besonderer Schwerpunkt war dabei naturgemäß der Integrationsprozess von LBBW und der BW-Bank unter dem Dach der LBBW. Bereits seit Beginn des Jahres 2005 existierte ein gemeinsames Bildungsprogramm für Managemententwicklung und Methodenkompetenz.

Ab Ende Juli thematisierten IT-bezogene Schulungen die für den Integrationsprozess relevanten Banksysteme ProFIS und Kordoba. Darüber hinaus wurden in weiteren Veranstaltungen Prozesse und Produkte einem großen Mitarbeiterkreis vermittelt. Erstmals wurde die Qualifizierungsreihe Financial Consultant für Vermögenskundenberater in der LBBW angeboten.

2005 besuchten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der LBBW und der BW-Bank insgesamt 11 896 Seminare, 1 886 davon entfielen auf die Angestellten der BW-Bank, 10 010 auf die der LBBW. Bei den internen Personalentwicklungsmaßnahmen entfiel der größte Teil mit über 80 % auf das allgemeine Bildungsprogramm; hinzu kamen speziell eingekaufte Inhouse-Seminare sowie Langzeitseminare wie fachorientierte und bankberufliche Studiengänge sowie gehobene Entwicklungsprogramme für Fach- und Führungsfunktionen.

Arbeitssicherheit und Sozialreferat

Der Mensch im Mittelpunkt

Die LBBW investierte auch 2005 darin, den Gesundheitszustand und das Leistungsvermögen der Mitarbeiter zu verbessern und Fehlzeiten und Störungen, beispielsweise durch Konflikte und Unzufriedenheiten, zu reduzieren.

Der betriebsärztliche Dienst bezog 2005 neue und großzügige Räume. Dabei wurden die vorher an unterschiedlichen Standorten untergebrachten Einheiten zusammengeführt. Bei der Arbeit des betriebsärztlichen Dienstes stand die unkomplizierte, arbeitsnahe Betreuung der Mitarbeiter mit akuten gesundheitlichen Problemen im Mittelpunkt. Der gesundheitlichen Prävention diente die überdurchschnittliche Anzahl der Grippeimpfungen, die im abgelaufenen Jahr durchgeführt wurde. Im Bereich Arbeitsschutz berieten Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte die LBBW und BW-Bank zu den Themen Um- und Neubau sowie zu der Einführung neuer Hard- und Software. Aufgabe des Sozialreferats war das Coaching von Führungskräften und Funktionsträgern zu psychosozialen Themen. Die Beratung diente der Erhaltung beziehungsweise Herstellung der Leistungs- und Arbeitsfähigkeit.

Compliance.

Hauptaufgabe von Compliance war 2005 die bereits im Jahr 2004 begonnene Zusammenführung der Compliance-Organisationen im LBBW-Konzern fortzusetzen. Darüber hinaus galt es, die Compliance-Tätigkeiten der LBBW und aller berührten Tochterunternehmen zu koordinieren. Auch hier wirkte sich die Integration vorteilhaft aus: Zum einen ist eine Spezialisierung der Mitarbeiter und damit eine höhere Kompetenz möglich. Zum anderen können Ressourcen optimiert und so durch erhöhte aufsichtsrechtliche Anforderungen steigende Kosten begrenzt werden.

Wertpapiercompliance

Maßnahmen für den Anlegerschutz

Ein Schwerpunkt war die Umsetzung des Anlegerschutzverbesserungsgesetzes (AnSVG), das Ende 2004 in Kraft trat. Hauptziele sind die korrekte Durchführung von Wertpapiergeschäften sowie nach Möglichkeit der Ausschluss, zumindest aber die Offenlegung von Interessenskonflikten. Um das zu gewährleisten, wurden neue, umfangreiche Bestimmungen für die Erstellung von Finanzanalysen umgesetzt und Insiderverzeichnisse implementiert.

Außerdem wurde ein Verfahren zur Abgabe von Verdachtsanzeigen gemäß § 10 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) installiert sowie das Verfahren zur Abgabe von Ad-hoc-Mitteilungen neu organisiert. Mit Blick auf eine stärkere Integration der Auslandsniederlassungen und eine intensive Überwachung der Kapitalmarktaktivitäten wurde das Personal im Bereich Wertpapiercompliance aufgestockt.

Geldwäscheprävention

Gleiche Richtlinien und einheitliches Verfahren

Nach umfangreichen Vorarbeiten wurde zum Ende des Jahres 2005 ein einheitliches elektronisches Research-System, das bisher nur bei der LBBW existierte, auch für die BW-Bank eingeführt. Ziel war, die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch Vereinheitlichung effizient, sicher und möglichst kostengünstig umzusetzen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Koordination der Maßnahmen gegen Geldwäsche im gesamten LBBW-Konzern. Dabei ging es insbesondere darum, die Anwendung gleichartiger Richtlinien und einer einheitlichen Verfahrenspraxis sicherzustellen.

Finanzermittlung

Aufklärung von Kunden und Mitarbeitern

Mithilfe von Finanzermittlungen sollen Überweisungsbetrügereien verhindert werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit war es, die Mitarbeiter für derartige Delikte zu sensibilisieren und die Prozessabläufe mit Plausibilitätsprüfung auszubauen. Durch neue Maßnahmen wurde die Aufdeckungsrate von Überweisungsbetrügereien deutlich erhöht und finanzielle Schäden für Kunden und Bank verhindert.

Das verantwortungsvolle Vorgehen der LBBW umfasste weiterhin die Aufklärung von Kunden, wenn diese aus Leichtgläubigkeit Geldtransaktionen an dubiose Empfänger tätigen wollten. Dabei verweigerte die LBBW die Annahme entsprechender Überweisungsträger, um wirtschaftlichen Schaden von den Kunden abzuwenden und kriminelle Strukturen zu zerstören. Darüber hinaus wurden Geschäftskunden vor betrügerischen Manipulationen in Millionenhöhe gewarnt. Die LBBW nutzte hier die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zur Betrugsbekämpfung wie dem Financial Investigation Bureau. Außerdem erweiterte die LBBW die Maßnahmen gegen Kreditbetrug, zu diesem Zweck wurde auch die Zusammenarbeit mit den Finanzermittlungsabteilungen anderer Banken intensiviert. Zum einen wurden Mitarbeiter sensibilisiert, so dass sie Betrugsversuche erkennen, zum anderen Strafanzeige erstattet, um Serientätern das Handwerk zu legen. Die LBBW setzt weiterhin auf die umfassende Aufklärung von Mitarbeitern und Kunden, sowie auf den Einsatz von intelligenten IT-gestützten Präventionsprogrammen, um Schaden abzuwenden.

Datenschutz

Neue Meldedatenbank und Datenschutz-Audits

Um die Datenschutz-Organisation zu optimieren, wurden bei der SüdLeasing und ihren Vertriebsgesellschaften die LBBW-Richtlinien übernommen sowie Datenschutzbeauftragte neu bestellt. Im Jahr 2006 wird auch das LBBW-Datenschutz-Lernprogramm für die Mitarbeiter der SüdLeasing und deren Vertriebsgesellschaften übernommen und die notwendigen Schulungspflichten erfüllt.

Darüber hinaus wurde im LBBW-Konzern die Datenschutz-Organisation verbessert: Ein eingeführter regelmäßiger Jour Fixe mit allen Datenschutzbeauftragten garantiert den ständigen Austausch. Die Harmonisierung der Regelwerke von BW-Bank und LBBW sorgt für die nötige Einheitlichkeit. Ziel für das Jahr 2006 ist es, den konzerninternen Datenaustausch zu erleichtern.

Eine weitere Aufgabe im Berichtsjahr war die Einführung einer Datenschutz-Meldedatenbank für IT-Projekte und -Aufträge. Damit wurde ein den gesetzlichen Erfordernissen entsprechender, schlanker, neuer Prozess definiert, der datenschutzrechtliche Schwachstellen frühzeitig erkennen lässt und dadurch nachträgliche Zusatzkosten verhindert.

Die LBBW forcierte verstärkt interne Datenschutz-Audits, um die Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Kunden und Mitarbeitern zu überprüfen. Gegenstand der Untersuchung waren:

- die Aktualität und Berechtigungsgrundlagen von VIP- und Mitarbeiterberechtigungen,
- die Datenverarbeitung beim betriebsärztlichen Dienst,
- intern gespeicherte Kunden-Warnvermerke auf Aktualität,

- die Videoüberwachung auf Einhaltung von Kennzeichnungs- und Löschfristen,
- die Berechtigungsgrundlagen von Datenübermittlungen im LBBW-Konzern.

Im Hinblick auf den Datenschutz wurden auch externe Dienstleister überprüft, die im Auftrag der LBBW arbeiten. Im Fokus standen dabei insbesondere Akten- und Datenträgervernichter sowie Personaldienstleister. Für das Jahr 2006 ist die Optimierung und Modifizierung der Vorgaben für eine einheitliche Vertragsgestaltung mit externen Dienstleistern geplant.

Nachhaltigkeit.

Im Oktober 2005 beschloss der Vorstand der LBBW den sukzessiven Aufbau eines Nachhaltigkeitsmanagements. Zwar ist nachhaltiges Handeln bereits seit vielen Jahren ein Unternehmensgrundsatz der LBBW. Schon 1999 positionierte sich das frisch fusionierte Institut wie seine Vorgänger im Bereich Umweltmanagement. Die Einrichtung eines Umweltreferats mit Umwelt-Arbeitsgruppe, die Herausgabe von Umweltberichten sowie die Auszeichnungen entsprechend der EG-Öko-Audit-Verordnung EMAS (Eco Management and Audit Scheme) als erste deutsche Bank sind Ausdruck dieser Ausrichtung. Jedoch wird in Zukunft die Bedeutung des Themas für die LBBW noch weiter zunehmen. Die LBBW definierte daher »eine nachhaltige, langfristig tragfähige ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung« als Zielsetzung ihres Nachhaltigkeitsmanagements.

Zunehmend ein Wettbewerbsfaktor

Für einen international tätigen Konzern ist es notwendig, nicht nur die Aktivitäten im Bereich Ökologie, sondern auch das nachhaltige Engagement in ökonomischen, sozialen und ethischen Belangen sicherzustellen und zu dokumentieren. Schon heute ist die Betonung eines umfassenden Engagements im Bereich Nachhaltigkeit ein wettbewerbsrelevanter Faktor, genau wie die Teilnahme und positive Bewertung an entsprechenden Ratings. Im Hinblick auf die Positionierung der LBBW im europäischen und internationalen Markt ist eine den internationalen Standards, beispielsweise Global Reporting Initiative, entsprechende Darstellung wichtig. Darüber hinaus nimmt vor allem im angelsächsischen Bereich die Zahl der Unternehmen zu, deren interne Richtlinien ausschließlich Investments in ethisch unbedenkliche Geldanlagen erlauben. Auch bei Finanzierungen im Ausland können Reputationsrisiken entstehen, wenn ökologische, ethische und soziale Gesichtspunkte bei der Kreditvergabe nicht beachtet werden. Neben institutionellen Investoren zeigen aber auch zunehmend vermögende Privatkunden Interesse an nachhaltigen Geldanlagen, die ihnen neben einer Rendite auch ein gutes Gewissen bescheren.

Ökologie

Verantwortlich wirtschaften

Nach wie vor ist der Bereich Ökologie ein wesentlicher Bestandteil des nachhaltigen Engagements der LBBW. Für alle inländischen Standorte gilt das Umweltmanagementsystem, mit dem Ziel, potenzielle Umweltschäden frühzeitig zu erkennen und ihnen vorzubeugen. So wurden beispielsweise die drei Neubauten am Pariser Platz 2005 erstmals nach ISO 14001 zertifiziert und nach EMAS validiert.

Im Berichtsjahr wurden die Daten für die Umweltbilanz zum ersten Mal mit der unter Leitung der LBBW entwickelten Umweltbilanzierungssoftware SoFi erstellt. Sie ermöglicht eine dezentrale Dateneingabe in den Fachbereichen vor Ort. Im Jahr 2005 wurde das SoFi-Modul auf Themen der Nachhaltigkeit erweitert. In technischer Hinsicht kann nun die Umweltbilanzierung auf soziale und gesellschaftliche Aspekte ausgeweitet werden.

Die nachhaltige Orientierung der LBBW drückte sich im abgelaufenen Jahr auch aus im verstärkten Vertrieb nachhaltiger Geldanlagen wie beispielsweise den offenen Fonds Swisscanto Green Invest und Deka-Stiftung Balance oder Beteiligungen an Windkraftfonds. Die Strategie bei Projektfinanzierungen ist ebenfalls nachhaltig ausgelegt: Als spezielle Umweltmaßnahme wurde in diesem Bereich die Projektfinanzierung für erneuerbare Energien erhöht. Im Rahmen ihres Stiftungsmanagements betreute die LBBW potenzielle Stifter und beriet sie unter Einbeziehung ökologischer, sozialer und ethischer Aspekte. Ihre Kompetenz in Sachen Nachhaltigkeit setzten die Experten der LBBW auch bei Beratungen zu öffentlichen Fördermitteln, beispielsweise beim Gebäudesanierungsprogramm, oder bei den Themen Ökologisch bauen oder Solarstrom ein. Die LBBW ist Mitglied der UNEP FI, einer Initiative von Finanzdienstleistern in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsorganisation der UNO, United Nations Environment Programme.

Umfangreiche Informationen über die Aktivitäten der LBBW im Bereich Ökologie bietet der Umweltbericht 2005. Er findet sich auf der LBBW-Webseite im PDF-Format zum Herunterladen.

Geschäftsentwicklung.

Ertragslage

Gewinn- und Verlustrechnung der LBBW					
	GuV-Posten	2005 Mio. EUR	2004** Mio. EUR	Veränderung 2004/2005	
				Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	(1, 2, 3, 4)	1 862,4	1 860,8	1,6	0,1
2. Provisionsüberschuss	(5, 6)	372,4	333,0	39,4	11,8
3. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	(7)	61,0	91,6	- 30,6	- 33,4
4. Verwaltungsaufwendungen *	(10, 11)	- 1 009,9	- 1 031,3	21,4	- 2,1
5. Sonstige betriebliche Erträge/ Aufwendungen	(8, 12, 24)	39,1	9,7	29,4	-
6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis		1 325,0	1 263,8	61,2	4,8
7. Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	(9, 13, 14, 15, 16, 17, 18)	- 333,8	- 387,4	53,6	- 13,8
8. Betriebsergebnis (Ergebnis der Geschäftstätigkeit)		991,2	876,4	114,8	13,1
9. Außerordentliches Ergebnis	(20, 21, 22, 25, 26)	- 759,4	- 282,9	- 476,5	-
10. Jahresüberschuss vor Steuern		231,8	593,5	- 361,7	- 60,9
11. Steuern	(23)	- 145,8	- 161,9	16,1	- 9,9
12. Jahresüberschuss	(27)	86,0	431,6	- 345,6	- 80,1

* Im Geschäftsjahr 2005 wurden im Verwaltungsaufwand Sonderabschreibungen i.H.v. 63,4 Mio. EUR aufgrund des Übertrags von §6b-EStG-Rücklagen mit den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil und den in 2005 angefallenen Veräußerungsgewinnen aus Gebäuden und Grundstücken im sonstigen betrieblichem Ertrag verrechnet.

** Das aktuelle Berichtsjahr enthält ab August 2005 die Ergebnisbestandteile der ehemaligen BW-Bank. Zum Zwecke der Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen wurden diese um 5/12 des BW-Bank-Ergebnisses des Jahres 2004 ergänzt.

Die Landesbank Baden-Württemberg konnte im Geschäftsjahr 2005 das Ertragsniveau des Vorjahres festigen, während sich die Aufwandspositionen zum Jahresende z. T. deutlich entlastet zeigten. Die Ergebnisentwicklung profitierte im Jahr 2005 insbesondere von einem höheren Provisionsüberschuss, entlasteten Verwaltungsaufwendungen sowie einem deutlichen Rückgang der Risikovorsorgeaufwendungen. Zurückhaltend entwickelten sich hingegen der Zinsüberschuss und das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

Der Zinsüberschuss zeigte sich zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und lag mit einem Zuwachs von 1,6 Mio. EUR bei 1 862,4 Mio. EUR. Hier wirkten sich insbesondere die branchenweit beobachtbaren Auswirkungen einer flachen Zinsstrukturkurve, eines insgesamt niedrigen Zinsniveaus, einer zurückhaltenden Investitionsneigung dämpfend auf die Ergebnisentwicklung aus.

Der Provisionsüberschuss stieg spürbar um 11,8% bzw. 39,4 Mio. EUR auf 372,4 Mio. EUR an. Ausschlaggebend für diese positive Entwicklung war insbesondere die Entwicklung der Provisionen aus dem Kredit- und Treuhandgeschäft mit einem Plus von 64,1% bzw. 25,5 Mio. EUR.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften lag mit 61,0 Mio. EUR unter den guten Ergebnissen der vergangenen Jahre. Die moderate Entwicklung im ersten Halbjahr konnte allerdings durch deutliche Zuwächse im zweiten Halbjahr teilweise ausgeglichen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zinsbeträge aus Handels- und Devisengeschäften im Zinsergebnis ausgewiesen wurden. Im Berichtsjahr wurde das Verfahren der Portfoliobewertung zu einer risikoadjustierten Mark to Market-Bewertung weiterentwickelt. Dabei wird das ermittelte Mark to Market-Ergebnis dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltedauer, 99% Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Der Verwaltungsaufwand verringerte sich um 2,1% bzw. 21,4 Mio. EUR auf 1 009,9 Mio. EUR. Dabei entfielen die wesentlichen Entlastungsbeiträge auf geringere andere Verwaltungsaufwendungen sowie rückläufige Abschreibungen auf immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen. Der Personalaufwand konnte auf Vorjahresniveau gehalten werden. Dabei wurde die Wirkung aus einer im Jahresverlauf

gesunkenen Mitarbeiterzahl vollständig durch einen Aufwandsanstieg aus einer vollzogenen Tarifierhöhung bzw. einem Aufrücken in höhere Berufsjahre und Altersstufen aufgezehrt.

Betriebsergebnis und Jahresüberschuss

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis fand sich aufgrund der dargestellten Entwicklungen nach Ablauf des Geschäftsjahres 2005 auf einem leicht oberhalb des Vorjahreswertes liegenden Niveau ein. Der Zuwachs der Überschussgröße lag bei 4,8% bzw. 61,2 Mio. EUR, was in der Folge zu einem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis von 1 325,0 Mio. EUR führte.

Nach einer weiterhin konsequenten Risikoabdeckung wie in den Vorjahren zeigte das Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis 2005 eine weitere Entspannung. Die Entlastung der Ergebnisgröße betrug dabei 13,8% bzw. 53,6 Mio. EUR. Während die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Wesentlichen aufgrund geringerer Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen deutlich zurückging, wirkte ein Aufwandsanstieg aus zinsanstiegsinduzierten Abschreibungen auf festverzinsliche Wertpapiere z. T. kompensierend.

Das Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) zeigte entsprechend einen Zuwachs um 13,1% bzw. 114,8 Mio. EUR auf 991,2 Mio. EUR gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres.

Das außerordentliche Ergebnis lag bei – 759,4 Mio. EUR, was einem Aufwandszuwachs von – 476,5 Mio. EUR entsprach. Belastet wurde die Position 2005 maßgeblich durch Einmalaufwendungen von insgesamt – 496,7 Mio. EUR, die sich aus dem buchtechnischen Aufwand der zum 1. August 2005 vollzogenen Anwachsung der Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG gemäß § 24 UmwG ergaben. Vom Wahlrecht der Aktivierung eines Geschäfts- und Firmenwerts wurde kein Gebrauch gemacht. Des Weiteren fielen Restrukturierungs- und Integrationsaufwendungen in Höhe von – 45,4 Mio. EUR an.

Der durch die Anwachsung geprägte Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 86,0 Mio. EUR unterschreitet das Vorjahresergebnis um 80,1 % bzw. 345,6 Mio. EUR.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Trägerversammlung der LBBW wird wie in den vergangenen Jahren vorgeschlagen, 6% auf das Stammkapital der LBBW in Höhe von 1,42 Mrd. EUR auszuschütten.

Vermögens- und Finanzlage Geschäftsvolumen

Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Geschäftsvolumen um 18,3% bzw. 61,0 Mrd. EUR auf 394,6 Mrd. EUR. Die Bilanzsumme wuchs ebenfalls um 12,0% bzw. 35,9 Mrd. EUR auf 333,5 Mrd. EUR. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Vergleichswerte aus Wesentlichkeitsgründen nicht um die auf die ehemalige BW-Bank AG entfallenden Volumina erhöht wurden.

Auch das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr und wies einen Anstieg von 395,2 Mrd. EUR aus. Dabei resultierten mehr als drei Viertel des Zuwachses aus einem Zinsderivatevolumensanstieg. Vom gesamten Derivatevolumen in Höhe von 1 259,1 Mrd. EUR entfielen rund 937,2 Mio. EUR auf Handelsbestände, was einem Anteil an der Bilanzsumme von 281,0% im Vergleich zu 196,4% im Vorjahr entspricht. Die Handelsgeschäfte beinhalten jedoch weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten bzw. offene Positionen aus Handels-Portfolien im Rahmen der vorgegebenen Risikolimiten. Die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften erfolgt dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen.

Aktivgeschäft

Die Forderungen der Landesbank Baden-Württemberg an Kreditinstitute legten im Berichtsjahr um 11,4 % bzw. 14,9 Mrd. EUR auf 145,8 Mrd. EUR zu. Der Anstieg war auch 2005 auf die Nutzung der Refinanzierung durch die LBBW auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten zurückzuführen. Vom Gesamtbestand der Forderungen an Kreditinstitute entfielen dabei 23,5 % bzw. 34,2 Mrd. EUR auf die baden-württembergischen Sparkassen. Ein im Vergleich zu den Forderungen an Kreditinstitute nahezu identischer prozentualer Zuwachs um 12,4 % war bei den Forderungen an Kunden zu verzeichnen. Nach 89,2 Mrd. EUR in 2004 belief sich der Kundenforderungsbestand im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 100,2 Mrd. EUR. Der Anstieg entfällt im Wesentlichen auf die Nichtanpassung des Vorjahresbestandes um das Kundenforderungsvolumen der ehemaligen BW-Bank.

Das Portfolio der Kundenkreditforderungen weist dabei eine gesunde Diversifizierung auf. Mit 62,1 % bildeten inländische Unternehmen und Privatpersonen gemessen am Kundenforderungsvolumen die bedeutendste Kundengruppe. Branchenbezogen entfiel der größte Anteil der Forderungen auf den Dienstleistungssektor mit 33,1 %, gefolgt von Wohnungsunternehmen mit 8,8 % und dem Handel mit 5,7 %. Auf Unselbstständige und Privatpersonen entfielen 27,5 % aller Forderungen.

Das gesamte Kreditvolumen umfasst neben den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch das Wechselgeschäft sowie Unter-Strich auszuweisende Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen. Es betrug zum 31. Dezember 2005 307,1 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 19,9 % bzw. 51,0 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag gleichkommt. Der Anstieg resultierte neben den Zuwächsen bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden insbesondere aus der Volumensteigerung bei den Avalkrediten.

Angewachsen ist im vergangenen Jahr auch das Volumen von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Ihr Stichtagsbestand erhöhte sich um 10,7 % bzw. 7,2 Mrd. EUR auf 75,1 Mrd. EUR, wobei insbesondere der Bestand an eigenen Emissionen deutlich zulegte. Die Anleihen und Schuldverschreibungen sind überwiegend dem Liquiditätsreserve-Bestand zugeordnet.

Refinanzierung

Die Grundlagen für die Refinanzierung der LBBW bilden die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im vergangenen Jahr um 24,1 % bzw. 20,9 Mrd. EUR auf 107,7 Mrd. EUR. Davon entfielen 13,4 % bzw. 14,4 Mrd. EUR auf die Verbindlichkeiten gegenüber den baden-württembergischen Sparkassen. Gegenüber Kunden nahmen die Verbindlichkeiten ebenfalls zu. Sie stiegen um 18,4 % bzw. 13,6 Mrd. EUR auf 87,1 Mrd. EUR, wobei der Anstieg im Wesentlichen auf die Nichtanpassung des Vorjahresbestandes um die Bestandswerte der ehemaligen BW-Bank zurückzuführen ist.

Den größten Anteil der Refinanzierung bildeten auch im vergangenen Jahr die verbrieften Verbindlichkeiten. Ihr Volumen lag bei 117,8 Mrd. EUR und damit nur um 0,1 % niedriger als im Vorjahr. Neben ungesicherten Schuldverschreibungen emittierte die LBBW auf dem deutschen Kapitalmarkt auch Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds, andere Banken und Sparkassen sowie Privatkunden. Ferner wurden an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben.

An den Börsenplätzen Stuttgart, London, Singapur und New York wurden unter einem 50 Mrd. EUR EMTN Programm, einem 20 Mrd. EUR Euro-Commercial Paper und Euro-Certificate of Deposit Programm sowie einem 15 Mrd. AUD MTN Programm Schuldverschreibungen emittiert. Weitere Emissionsprogramme existieren für MTN (15 Mrd. USD) sowie Commercial Paper (2 Mrd. USD). Unter dem Global Public Sector Pfandbrief Programm emittierte die Landesbank Baden-Württemberg 8,3 Mrd. EUR.

Das Emissionsvolumen der LBBW lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei insgesamt 106,3 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 10,0 % bzw. 9,7 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Erstabatz erreichte 2005 ein Volumen von 94,2 Mrd. EUR, was gegenüber 2004 einem Anstieg von 17,0 % bzw. 13,7 Mrd. EUR gleichkommt. Mit einem Anteil von 61,3 % lag der Verkauf von Fremdwährungsemissionen über dem der Euro-Emissionen. Der Anteil der Fremdwährungsemissionen am gesamten Emissionsvolumen lag 2005 bei 55,0 %, während er im Vorjahr noch 58,0 % betrug.

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) der LBBW betrug zum 31. Dezember 2005 16 196 Mio. EUR, während ein Jahr zuvor 13 926 Mio. EUR auszuweisen waren. Die Zunahme resultiert einerseits aus der im Zuge des vollständigen Erwerbs der LRP erfolgten Einbringung der Anteile des Sparkassen- und Giroverbandes Rheinland-Pfalz an der Landesbank Rheinland-Pfalz. Andererseits stieg das Eigenkapital durch die im Rahmen der Anwachsung der ehemaligen BW-Bank erfolgte Einbringung der Anteile der Landeskreditbank – Förderbank Karlsruhe an der ehemaligen BW-Bank AG. Die Stillen Einlagen, die dem Kernkapital zugerechnet werden, betragen dabei 3 544 Mio. EUR; am 31. Dezember 2004 waren es hingegen 3 291 Mio. EUR. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr lässt sich im Wesentlichen auf die Anwachsung der BW-Bank zurückführen, mit der Stillen Einlagen der ehemaligen BW-Bank in Höhe von 200 Mio. EUR auf die LBBW übergangen. Der verbleibende Anteil am Zuwachs in Höhe von 53 Mio. EUR ergibt sich aus der Umrechnung der Stillen Einlagen zum jeweiligen USD-Stichtagskurs.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW stellen sich zum Jahresende wie folgt dar:

	2005	2004	Veränderung 2004/2005	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
aufsichtsrechtliche Eigenmittel (§ 10 a KWG)	17 053	15 460	1 593	10,3
davon Kernkapital	10 003	8 642	1 361	15,7
davon Ergänzungskapital	7 074	6 826	248	3,6
anrechnungspflichtige Positionen (GS I)	145 565	128 091	17 474	13,6
	2005	2004	Veränderung	
	%	%	%Punkte	
Gesamtkennziffer GS I	11,7	12,1	-0,4	
Eigenkapitalquote	14,7	15,0	-0,3	

Die nach Grundsatz I geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen in Höhe von mindestens 8% wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit übertroffen.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Die Verantwortung gegenüber unseren Kunden verpflichtet uns zu einem vorsichtigen Umgang mit den im Bankgeschäft vorhandenen Risiken. Die LBBW räumt deshalb einer konservativen Vorgehensweise immer Vorrang gegenüber der Inkaufnahme unabwägbarer Risiken ein. Quantifizierbare Risiken geht die LBBW nur im Rahmen von klar definierten Limiten ein. Diese obersten Leitlinien unseres Handelns sind Grundlagen unserer Risikopolitik und geben den Rahmen unserer Geschäftstätigkeit vor. Sie werden mithilfe von Risikomanagement- und Risikocontrollingprozessen im Detail umgesetzt.

Risikopolitik

Die Grundsätze der Risikopolitik werden vom Vorstand bzw. vom Verwaltungsrat festgelegt. Dabei wird zunächst die Risikotragfähigkeit und die Berechnungsweise zur Anrechnung der Risikoarten festgelegt. Auf dieser Basis werden den Markt- und Marktfolgebereichen geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele vorgegeben. Die Risikotragfähigkeit beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aus dem laufenden Ertrag und aus dem Substanzwert aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit des Kapitals aufgeteilt sind.

Hiervon ausgehend setzt der Vorstand eine Verlustobergrenze, die ein übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierbaren Risiken darstellt. Die Verlustobergrenze spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikotragfähigkeit festgelegt. Von der

Verlustobergrenze werden Globallimite für die verschiedenen quantifizierbaren Risikokategorien abgeleitet. Im Zuge der Überwachung der Risikotragfähigkeit werden neben den Risiken im Sinne von potenziellen Verlusten auch tatsächlich eingetretene Verluste berücksichtigt.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen bzw. Bereichen dezentral getroffen und durch das Risikocontrolling zielorientiert überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf die maßgeblichen Risiken. Ziel der Bank ist ein alle Risikokategorien umfassendes Limitsystem, das auf der Messung sämtlicher Risikopotenziale der LBBW mittels vergleichbarer Value-at-Risk-Kennziffern (VaR) beruht.

In die Prozesse sind die Geschäfte der ausländischen Niederlassungen der LBBW einbezogen, sowie im Grundsatz auch die wesentlichen Tochtergesellschaften. Bezüglich deren Risiken gilt, soweit möglich, das Transparenzprinzip. Das bedeutet, dass die relevanten Einzel-Risikopositionen der entsprechenden Töchter vollständig in die Risikobetrachtungen einbezogen werden sollen. Die BW-Bank wurde in die Risikomanagement- und Risikocontrollingfunktionen der LBBW integriert.

Übersicht der Risikokategorien

		Risikokategorie	Beschreibt mögliche
		Risikotragfähigkeit	
	Länderrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Verluste durch Transferprobleme mit dem Sitzland eines Geschäftspartners
	Marktpreisrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Portfoliowertverluste, die durch Veränderungen der Zinssätze, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten u. Ä. ausgelöst werden
	Operationelle Risiken		<ul style="list-style-type: none"> Verluste auf Grund des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen, incl. Rechtsrisiken
	Liquiditätsrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nicht nachkommen oder größere Markt-Positionen kurzfristig nicht optimal schließen zu können
Sonstige z. Zt. nicht quantifiziert	Beteiligungsrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste der Konzernunternehmen und Beteiligungen
	Immobilienrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste des Immobilienbesitzes der Bank
	Strategische Risiken		<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste auf Grund strategischer Entscheidungen
	Geschäftsrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet
	Reputationsrisiken		<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste auf Grund einer Schädigung der Reputation bei Kunden, Mitarbeitern ...

Risikomanagement

Das Risikomanagement, in der LBBW als Steuerung im weiteren Sinne verstanden, wird von verschiedenen Bereichen ausgeübt. Dabei werden die Risikoinformationen in operative und strategische Entscheidungen im Kreditbereich, im Handel, in die Beteiligungen etc. einbezogen, um ein optimales Risiko-/Ertragsprofil des jeweiligen Portfolios zu erreichen.

Wir unterscheiden im Management der Risiken zwischen der Makroebene, das heißt dem Risikomanagement auf übergeordneter Basis (Konzern, Gesamtbank, Bereichs- bzw. Portfolioebene) und der Mikroebene, dem Risikomanagement auf Ebene einzelner Geschäfte oder Sachverhalte.

Makroebene

Der Vorstand steuert und begrenzt die Gesamtrisikoposition innerhalb von Globallimiten und der Risikostragfähigkeit. Der größte Anteil an den Globallimiten betrifft die Kreditrisiken, neben der Einzelgeschäftsteuerung wird die Gesamtposition gesteuert durch die Messung und Limitierung im Risiko.

Die Portfoliosteuerung der kapitalmarktfähigen Positionen liegt beim Bereich Kapitalmarktinvestitionen. Mithilfe von Kreditindizes und Portfoliotransaktionen werden systematische Risiken im Portfolio abgesichert und neue Positionen im Rahmen der Risiko-/Ertragsoptimierung eingegangen.

Die aus den Geschäftsaktivitäten der Marktbereiche und einzelner Tochtergesellschaften der LBBW resultierenden Länderrisiken (Transferrisiken) sind in einem Länderlimitsystem erfasst. Die jeweiligen Länderlimite werden auf Vorschlag des Länderlimitausschusses vom Vorstand festgelegt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken auf der Makroebene sowie den strategischen Aufbau von Marktpreisrisikopositionen hat der Vorstand an den Vorstandsausschuss Disposition delegiert. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Anlage von Eigenmitteln und um gezielte Fristentransformation in EUR und Fremdwährungen. Neben den Zinspositionen bestehen Positionen in Währungen und

Aktien. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden dem Vorstandsausschuss Disposition im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Diesem Gremium gehören drei Vorstandsmitglieder und in beratender Funktion die Leiter der Bereiche Controlling, Rechnungswesen, Research, Treasury, Equity, Capital Markets Trading und Sales, sowie ein Vorstand der BW-Bank an. Es berichtet an den Gesamtvorstand.

Für die geschäftsfeldübergreifende Überwachung und Steuerung der Liquidität der Bank ist der Bereich Treasury verantwortlich. Hier wird regelmäßig der Refinanzierungsbedarf für unterschiedliche Zeithorizonte ermittelt und eine breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis sichergestellt.

Die Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und die damit verbundenen Risiken werden je nach Größenordnung und/oder Bedeutung durch Aufsichtsgremien oder den Vorstand getroffen. Aufgabe des Bereichs Konzernstrategie und Recht ist es, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen vorzubereiten und Vorschläge zur strategischen Ausrichtung der Beteiligungen zu erarbeiten.

Insbesondere der Vorstand und die Führungskräfte haben die Aufgabe, eine gelebte Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken sicherzustellen.

Risikomanagementstruktur

Trägerversammlung				
Verwaltungsrat				
Ausschüsse				
Vorstand				
Kompetenzen gem. Entscheidungsordnung Kredit	Länderlimit-ausschuss	Vorstandsausschuss Disposition	Risk Committee	Kompetenzen gemäß Satzung und Geschäftsordnungen der Gremien und des Vorstands
Kreditrisikostrategie		Handelsstrategie/OpRisk Strategie		Beteiligungsstrategie
Kreditrisiken Länderrisiken Marktfolgebereiche: <ul style="list-style-type: none"> ■ Wholesale/Kreditrisikosteuerung ■ Risikomanagement Key Account ■ Kreditmanagement Regionalgeschäft I und II ■ Zentrale Kreditbetreuung Kreditentscheidung in Doppelkompetenz mit Marktbereichen		Marktpreisrisiken Liquiditätsrisiken <ul style="list-style-type: none"> ■ Treasury ■ Handelsbereiche: <ul style="list-style-type: none"> - Equity - Capital Markets Trading und Sales - Kapitalmarktinvestitionen ■ Controlling 		Beteiligungsrisiken <ul style="list-style-type: none"> ■ Konzernstrategie/Recht
		Operationelle Risiken <ul style="list-style-type: none"> ■ Controlling in Zusammenarbeit mit allen Bereichen der Bank 		Immobilienrisiken <ul style="list-style-type: none"> ■ Verwaltung
				Allgemeine Geschäftsrisiken <ul style="list-style-type: none"> ■ Vorstand

Mikroebene

Für das Risikomanagement der Kreditrisiken sind die Marktfolgebereiche zuständig. Sie entscheiden im Rahmen der Kreditrisikostrategie sowie ihrer gestaffelten Kompetenzen und tragen damit den unterschiedlichen Risiken der Einzelengagements Rechnung. In den Marktfolgebereichen werden die Kundenverbindungen geführt, Engagemententscheidungen getroffen sowie bankweit verbindliche Kreditlinien gesetzt und überwacht. Hier wird mithilfe der vom Kreditrisikocontrolling zur Verfügung gestellten Instrumente die Bonität der Kreditnehmer und Handelskontrahenten beurteilt.

Die operative Steuerung der Marktpreisrisiken ist Aufgabe der Handelsbereiche und des Treasury. Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury zeitnah durch Gegengeschäfte.

In den beiden Handelsbereichen Capital Markets Trading und Sales sowie Equity sind entsprechend den jeweiligen Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

- Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.
- Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Führung der Handelsbücher erfolgt auf Mikroebene im Rahmen der vom Vorstand genehmigten VaR-Limite. Die Trading-Einheiten tragen hierfür die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Der Bereich Kapitalmarktinvestitionen steuert im Sinne eines aktiven Portfoliomanagements die Spreadrisiken der kapitalmarktfähigen Kredit- und Wertpapierbestände. Hierbei werden auf Mikroebene vorwiegend Kreditderivate eingesetzt, um entsprechende Absicherungsmaßnahmen umzusetzen bzw. gezielt Risiken zu übernehmen.

Die Vermeidung bzw. Minimierung von operationellen Risiken der LBBW ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Fachbereiche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stabsbereichen (u. a. IT/Organisation bzw. Personal). Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit operationellen Risiken aufgerufen. Aufgabe der Rechtsabteilungen im Bereich Konzernstrategie und Recht ist es, Rechtsrisiken zu identifizieren und zu steuern. Sie werden hierbei von den Fach- und Stabsbereichen unterstützt und entsprechend informiert.

Risikocontrolling

Die Funktion Risikocontrolling wird in der LBBW verstanden als Entwicklung und Betrieb von Systemen und Prozessen, mit denen die verschiedenen Risiken analysiert, quantifiziert und limitiert werden können. Die Risikomaßzahlen und die Überwachung der gesetzten Limite werden täglich bzw. monatlich für die Entscheidungsträger aufbereitet.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Überwachung der Marktpreisrisiken und operationellen Risiken sowie der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen (MaH/MaRisk). Diesem Ausschuss gehören zwei Vorstände und verschiedene Bereichsleiter an, er tagt in der Regel monatlich.

Der Bereich Controlling ist zuständig für die Auswahl bzw. die Entwicklung von geeigneten Systemen zur bankweit einheitlichen Positionsbewertung, zur Ermittlung und Überwachung von Risiken sowie zur Berechnung von betriebswirtschaftlichen Ergebnissen. Für die Handelsportfolien, die strategischen Vorstandspositionen und die Nostro-Wertpapierbestände werden täglich Marktwerte (Mark to Market) und Ergebnisse ermittelt. Gleichzeitig werden Risiko-Kennziffern für die Marktpreisrisiken (VaR, Worst Case-Szenarien) errechnet und den entsprechenden Portfoliolimiten gegenübergestellt. Die Berechnung der ebenfalls in das Limitsystem einbezogenen gesamtbankweiten Zinsänderungsrisiken unterstützt die Aktiv-/Passiv-Steuerung. Mittels Back-Testing-Analysen wird die Qualität der eingesetzten Schätzverfahren sichergestellt.

In der Gruppe Operationelle Risiken werden unter anderem Schadensfälle zentral gesammelt und analysiert, existierende Prozesse auf deren Anfälligkeit für diese Risiken untersucht und entsprechende risiko-vermeidende Prozessanpassungen unterstützt. Die Entscheidungsträger erhalten Informationen über die vorhandenen Risiken. An der Entwicklung von VaR-Ansätzen für die operationellen Risiken wird gearbeitet.

Die Aufgaben des Risikocontrollings für Kreditrisiken und die Überwachung der Länderlimite auf der Basis des bankweiten Länderlimitsystems nimmt der Bereich Wholesale/Kreditrisikosteuerung wahr. Die hier entwickelten mathematisch-statistischen Ratingverfahren stellen das zentrale Element im Prozess der Risiko-beurteilung dar. Die Ratingnote als Beurteilungsergebnis spiegelt dabei eine standardisierte Einschätzung der Bonität eines Kunden wider und beinhaltet sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale.

Die operative Überwachung der Kreditrisiken auf der Ebene der einzelnen Geschäfte ist im Wesentlichen auf die diversen zentralen bzw. regionalen Markt-folgebereiche verteilt.

Kreditrisiken auf der Makroebene werden im Bereich Controlling ermittelt. Dies dient der Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie der Berechnung des ökonomischen Kapitals auf VaR-Basis.

Risikoaspekte in der Gesamtbanksteuerung

Während aktuell die Gesamtbanksteuerung auf der Basis des regulatorischen Kapitals (Grundsatz I und teilweise Basel II) erfolgt, wird die zukünftige Einbeziehung von Risikomodellen in die Risk-Return-orientierte Gesamtbanksteuerung vorbereitet. Der

einheitlichen Darstellung von Risikomaßzahlen dient das ökonomische Kapital. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es die betriebswirtschaftlich notwendige Kapitalausstattung, die mithilfe von VaR-Modellen oder anderen Risikomessverfahren ermittelt wird.

Im Rahmen des Gesamtrisikomanagements üben weitere marktunabhängige Bereiche wichtige Funktionen aus:

- Der Bereich Konzernstrategie und Recht überwacht die Entwicklung der Beteiligungen und berichtet an den Vorstand bzw. den zuständigen Dezernenten.
- Der Abwicklungs- und Kontrollbereich Back Office Financial Markets ist unter anderem für die Qualität der in den Risikomessprozessen zu verarbeitenden Bestandsdaten aus den Zuliefer-systemen verantwortlich.
- Der Bereich IT/Organisation hat in erster Linie die einwandfreie Funktionsfähigkeit aller DV-Systeme sicherzustellen.
- Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risiko-management und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der Bank zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebs-einheiten abschließend besprochene Prüfungs-berichte informieren den Vorstand zeitnah über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung offener Prüfungs-feststellungen und die Umsetzung von Empfeh-lungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK)

Die MaK konkretisieren die Anforderungen der Bankenaufsicht zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Kreditrisiken, für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation sowie für bestimmte Dokumentationspflichten im Kreditgeschäft. Endtermin für die Umsetzung der MaK war der 30. Juni 2004. Für die IT-seitige Umsetzung der Vorgaben hatte die Bankenaufsicht den Kreditinstituten darüber hinaus einen Zeitrahmen bis zum 31. Dezember 2005 eingeräumt.

Bestandteile der MaK sind die Festlegung einer Kreditrisikostategie, die Implementierung von Risikoklassifizierungsverfahren und die Überwachung von Kreditrisiken auf Portfolioebene sowie ein konzernweites Kreditrisikoreporting. Weitere wesentliche Anforderungen beziehen sich auf die bestehende Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sowie die Dokumentation der zugrunde liegenden Prozesse.

Bis 30. Juni 2004 waren die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in der LBBW und der BW-Bank erfüllt und dokumentiert. Zum Stichtag 31. Dezember 2005 wurden die noch verbleibenden Anforderungen an die IT-Systeme vollständig umgesetzt. Die entsprechende Umsetzung in den Prozessen wird zeitnah erfolgen.

Basel II

Mit Umsetzung der Anforderungen der neuen Eigenmittelvorschriften (Basel II/CRD/SolvV) für Kredit-, Marktpreis- und operationelle Risiken wird die LBBW ab 2007 die Eigenkapitalunterlegung im Kreditbereich dem ökonomischen Risiko weiter annähern. Die hierzu notwendigen (Weiter-)Entwicklungen werden

zeitgerecht abgeschlossen. Derzeit wird mit der QIS5 (Quantitative Impact Study 5 für die Bankenaufsicht) unter Produktionsbedingungen der Nachweis der Basel II-Fähigkeit erbracht. Wir haben im Rahmen der Projekte die Chance genutzt, grundsätzliche Änderungen in der System-Architektur vorzunehmen. Diese Änderungen haben sich sowohl für Basel II als auch bei anderen fachlichen Anforderungen (z. B. IFRS) bereits als nutzenstiftend erwiesen.

Die LBBW strebt die aufsichtsrechtliche Anerkennung ihrer internen Ratingverfahren an (IRBA Zulassung). Die Prüfung auf Zulassung zur Anwendung des IRB-Ansatzes (zum 1. Januar 2007) wird am 1. März 2006 starten.

Derzeit bereitet sich die LBBW auf die von der Aufsicht geforderten Regelungen sowie auf die von der deutschen Gesetzgebung in Vorbereitung befindliche Solvabilitätsverordnung (SolvV) vor. Die hierzu notwendigen Aktivitäten verlaufen planmäßig. Nach Abschluss des Projektbündels Basel II zum 30. März 2006 wird das Projektbündel SolvV die erforderlichen Ergebnisse bis Ende 2006 erarbeiten.

MaRisk

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement, kurz MaRisk, lösen die bestehenden Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte (MaH), Kreditgeschäfte (MaK) und die Interne Revision (MaR) ab.

Durch die MaRisk wird gleichzeitig ein wesentlicher Teil der in Basel II, Säule 2, formulierten Anforderungen zum aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozess in nationales Recht umgesetzt. Dazu wurden die allgemeinen Regelungen zum Risikomanagement ausgeweitet und Anforderungen zu Liquiditätsrisiken,

operationellen Risiken sowie Zinsänderungsrisiken gestellt, die über die bisherigen Mindestanforderungen hinausgehen. Unter anderem fordert der Gesetzgeber die Festlegung einer Strategie, die Erstellung eines ausführlichen Risikotragfähigkeitskonzepts sowie die Einrichtung angemessener interner Kontrollverfahren. Letztendlich soll damit gewährleistet werden, dass die wesentlichen Risiken mit genügend internem Kapital abgedeckt sind.

Die Anforderungen der MaRisk werden damit die Messlatte der qualitativen Bankenaufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) sein.

Die MaRisk wurden im Rahmen eines Konsultationsprozesses durch ein Fachgremium MaRisk weiterentwickelt. Die Endfassung der MaRisk wurde am 20. Dezember 2005 von der BaFin veröffentlicht. Anforderungen der MaRisk, die bisher schon in den bestehenden Mindestanforderungen inklusive Erläuterungen geregelt waren, treten ab sofort in Kraft. Neue Anforderungen werden im Grundsatz am 1. Januar 2007 wirksam.

Auf Basis der Anforderungen aus den Baseler und Brüsseler Papieren wurden in der LBBW bereits umfangreiche Analysen bezüglich des Handlungsbedarfes durchgeführt. Ein Projekt im Basel II-Umfeld, welches die Umsetzung der neuen Vorgaben bis Ende 2006 zum Ziel hat, wurde im Frühjahr 2005 aufgesetzt.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft

Mit Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) am 19. Juli 2005 muss gemäß § 27 PfandBG ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt. Zur Erfüllung dieser Anforderungen wurde ein Risikomanagementsystem implementiert, das die Kredit-, Zinsänderungs-, Währungs- sowie sonstige Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken abdeckt.

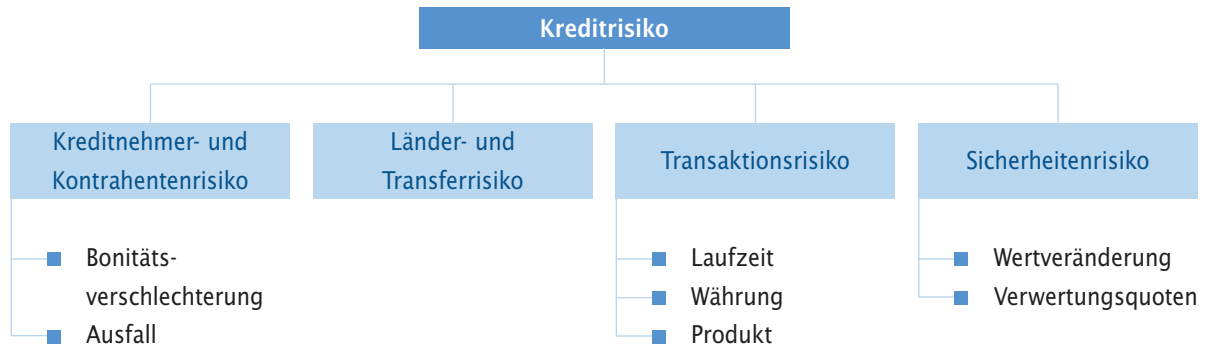
Für die Risikoarten ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limits erreicht werden, wurde ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen des Reporting wird der Vorstand regelmäßig über die Auslastung unterrichtet. Es ist vorgesehen, das Risikomanagementsystem jährlich einer Überprüfung zu unterziehen.

Die externe Veröffentlichung gemäß § 28 PfandBG (Transparenzvorschriften) erfolgt vierteljährlich über die Internetseite der LBBW.

Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden bei der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, anderen Kontrahenten bzw. Beteiligungen, durch Wertveränderung von Sicherheiten oder durch die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Devisenverkehrs (Transferisiken) entstehen.

Systematisierung des Kreditrisikos



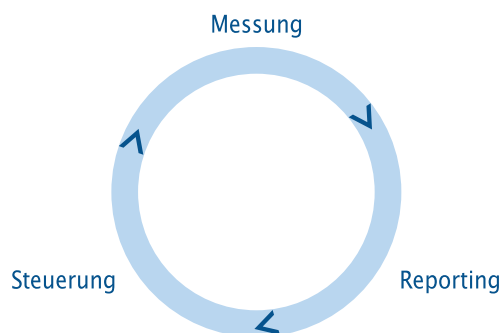
Der Umgang mit Kreditrisiken erfolgt auf zwei Ebenen. Auf der Kundenebene (Mikroebene) werden einerseits die Bonität der einzelnen Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheiten beurteilt. Andererseits werden transaktionsspezifische Risiken (Laufzeit, Währung, Produkt) und Sicherheiten, die zur Risikoreduzierung dienen sollen, bewertet. Um das Management von Einzelrisiken angemessen zu gewährleisten, sind den geschäftsorientierten Markt Bereichen mit umfassender Entscheidungsbefugnis ausgestattete Marktfolgebereiche gegenübergestellt. Organisatorisch wurde hierbei im Geschäft mit der Vielzahl der kleineren und mittleren Unternehmenskunden ein dezentral organisiertes Risikomanagement gewählt. Dadurch sind kurze Wege, die Nähe zum Kunden, schnelle, nachvollziehbare Entscheidungen sowie eine fortlaufende Engagementbetreuung gewährleistet. Im

Geschäft des Wholesale-Bereiches (Financial Markets und Structured Finance) sowie für große Unternehmen, Geschäftskunden, Freiberufler und Retail-Clients (insbesondere Privatkunden) wurde ein zentraler Risikomanagementansatz realisiert. Die Stärken liegen in der Bündelung von Informationen und Know-how sowie in einer rationellen Bearbeitung des im Geschäftssegment Retail-Clients konzentrierten Massengeschäftes.

Auf der zweiten Ebene (Makroebene) richtet sich der Fokus auf Teilportfolien (unter anderem Länder und Branchenrisiken) bzw. auf das Gesamtportfolio. Dabei ermitteln wir mittels quantitativer Modelle die Risikopotenziale, die sich aus dem Zusammenwirken der Einzelrisiken ergeben. Das Risikomanagement auf Portfolioebene ist grundsätzlich zentral organisiert.

Management der Kreditrisiken

Das Risikomanagement der LBBW erfolgt in drei stark miteinander verzahnten und sich gegenseitig beeinflussenden Phasen:



Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Risikoklassifizierungsverfahren/Ratingverfahren (Einzelkreditnehmerebene) ■ Frühwarnverfahren für Kreditrisiken ■ Bewertung der Transaktionen und der Sicherheiten ■ Kreditportfoliomodelle (Portfolioebene)
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kreditrisikostategie ■ Einzelgeschäftssteuerung (Risikomanagement/Limitierung von Einzelrisiken) ■ Risiko- bzw. Eigenkapitaladäquate Bepreisung der Geschäfte/Kundenbeziehungen ■ Portfoliolimitierung ■ EWB
Risikoüberwachung und Reporting	<ul style="list-style-type: none"> ■ Kreditberichterstattung ■ Beobachtungslisten ■ Regelmäßiges Kreditrisikoreporting ■ Ad-hoc-Reporting ■ Portfolioanalysen

Messung auf Mikroebene

Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko: Die Bonität bestehender und neuer Kundenbeziehungen wird primär mittels Ratingverfahren beurteilt, deren Ziel die Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und die Zuweisung einer entsprechenden Ratingklasse ist.

Masterskala der LBBW

Ratingklasse	durch. PD	
AAAA	0,00%	
AAA	0,01%	
AA+	0,02%	
AA	0,03%	
AA-	0,04%	Investment-Grade
A+	0,05%	
A	0,07%	
A-	0,09%	
2	0,12%	
3	0,17%	
4	0,26%	
5	0,39%	
6	0,59%	
7	0,88%	
8	1,32%	
9	1,98%	Non-Investment-Grade
10	2,96%	
11	4,44%	
12	6,67%	
13	10,00%	
14	15,00%	
15	20,00%	
16	100,00%	Ausfallklassen
17	100,00%	
18	100,00%	

Grundlage dafür ist die Analyse der offen zu legenden wirtschaftlichen Verhältnisse. In Abhängigkeit von der Kundengruppe muss diese allerdings durch die Beurteilung der Marktverhältnisse, der Produktqualität, der Wettbewerbssituation, des Managements sowie von Cashflow- und zukunftsbezogenen Daten ergänzt werden. Um erhöhte Ausfallrisiken oder Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen, werden laufend neben der Entwicklung der Gesamtverschuldung, Kontobewegungen und Branchenprognosen auch sonstige geeignete interne und externe Informationsquellen genutzt.

Die oben genannten Verfahren sind vollständig in die Kreditprozesse integriert. Ihre Anwendung und Weiterentwicklung stellt eine zentrale Aufgabe für

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Marktfolge dar. Unsere internen Risikoklassifizierungs- und Ratingverfahren haben sich in den letzten Jahren als aktives Risikomanagementinstrument durchgesetzt. Dies wird nicht zuletzt von den verhältnismäßig niedrigen Ausfällen im Kreditgeschäft als Folge der Bonitäts- und Cashflow orientierten Kreditvergabepraxis bestätigt. Die Trennschärfe (Prognosequalität) unserer Ratingverfahren, jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirkung wird regelmäßig durch Backtestings überprüft. Diese auf Basis beobachteter Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern decken auch Schwächen der Systeme auf und geben so Impulse für Weiterentwicklungen.

Länder- und Transferrisiko: Die Länderrisiken werden in der LBBW mit einem Basel II-konformen Länderrating gemessen und mit einem Länderrisikofrühwarnsystem beobachtet. Kernpunkte des Ratingverfahrens sind die wirtschaftliche Lage, das politische Umfeld sowie binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklungen des jeweiligen Landes.

Transaktionsrisiko: Hierunter sind insbesondere unsichere Änderungen der Nettozahlungen aufgrund von wechselkursbedingten Neubewertungen zukünftiger Ein- und Auszahlungen aber auch laufzeitbedingte sowie produktspezifische Risiken zu verstehen.

Dabei werden alle in Kreditäquivalente übersetzten Risiken bei einer Kreditnehmereinheit – gegebenenfalls auch objektbezogene Finanzierungen, soweit materiell relevant – zu einem Gesamtobligo zusammengefasst. Der Kreditäquivalenzbetrag beziffert dabei die Kosten, die beim Ausfall eines Kontrahenten für den Ersatz

der mit ihm abgeschlossenen Geschäfte anfallen. In Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditart werden unter Verwendung historischer Daten Schätzungen der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) bzw. der Kreditumrechnungsfaktoren (CCF) durchgeführt.

Sicherheitenrisiko: Die Methoden zur Bewertung der verschiedenen Sicherheitenarten haben wir im vergangenen Jahr weiter verfeinert. Dabei werden Beleihungswerte ermittelt, welche sich aus dem Zeitwert der Sicherheit, den historischen Erlösquoten und einem sicherheitenspezifischen Abschlag ergeben. Ebenso haben wir unser Sicherheitenmanagementsystem weiterentwickelt und weitgehend in den Kreditgenehmigungsprozess integriert.

Die vollständige systemseitige Erfassung der Sicherheiten und die realistische Einschätzung der Sicherheitenerlöse bei Verwertung sowie der EAD bilden zukünftig die Grundlage für die Prognose der Verlustquote bei Ausfall (LGD). Die Ergänzung der Kunden-Ausfallwahrscheinlichkeiten mit diesem Wert ermöglicht eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements. In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem DSGV haben wir für den Bereich private Baufinanzierungen auf der Basis verwerteter Kreditfälle vergangener Jahre eine Methodik zur Ex-Ante Schätzung von EAD und LGD entwickelt. Die Einführung ist für das 2. Quartal 2006 vorgesehen. Bei Projektfinanzierungen einschließlich Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sind entsprechende Verfahren bereits Bestandteil der Transaktionsbewertungen. Für die übrigen Geschäftsfelder (Corporates, Unternehmenskunden, Internationale Gebietskörperschaften, Immobilienunternehmen, Financial Institutions) behalten wir bis zur Implementierung von belastbaren statistischen Modellen die bisherige konservative Betrachtung der Sicherheiten bei.

Messung auf Makroebene

Die Kreditrisiken der LBBW werden auf Makroebene per Credit-Value-at-Risk (CVaR) gemessen und limitiert. Der VaR bezeichnet den potenziellen Marktwertverlust eines Portfolios, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont ein Jahr nicht überschritten wird.

Um den VaR zu ermitteln, verwendet die Bank ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditrisikomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfallraten zugeordnet. Diese wiederum werden unter Einbeziehung von systematischen (konjunkturellen) Schwankungen modelliert, wodurch Bonitätskorrelationen angemessen berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden sämtliche Kreditexposures am Risikohorizont, der gewöhnlich ein Jahr beträgt, einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen.

Dieser Ansatz misst und berücksichtigt über den erwarteten Verlust hinaus auch unerwartete Verluste. Hierbei spielen insbesondere Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle. Durch die bereits erwähnte Modellierung der Ausfallraten werden Branchenkonzentrationen abgebildet. Gleichzeitig können Größenkonzentrationen, die durch einzelne Kreditnehmer verursacht werden, durch den Simulationsmodus erfasst werden. Hierfür verwendet das Kreditrisikomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Die bisherigen Berechnungen mit dem Risikomodell haben gezeigt, dass die LBBW über ein gut diversifiziertes Kreditportfolio verfügt. Entsprechend der Geschäftsausrichtung der LBBW bestehen Schwerpunkte im Bereich Banken/Financials. Größere Konzentrationsrisiken bestehen jedoch aus

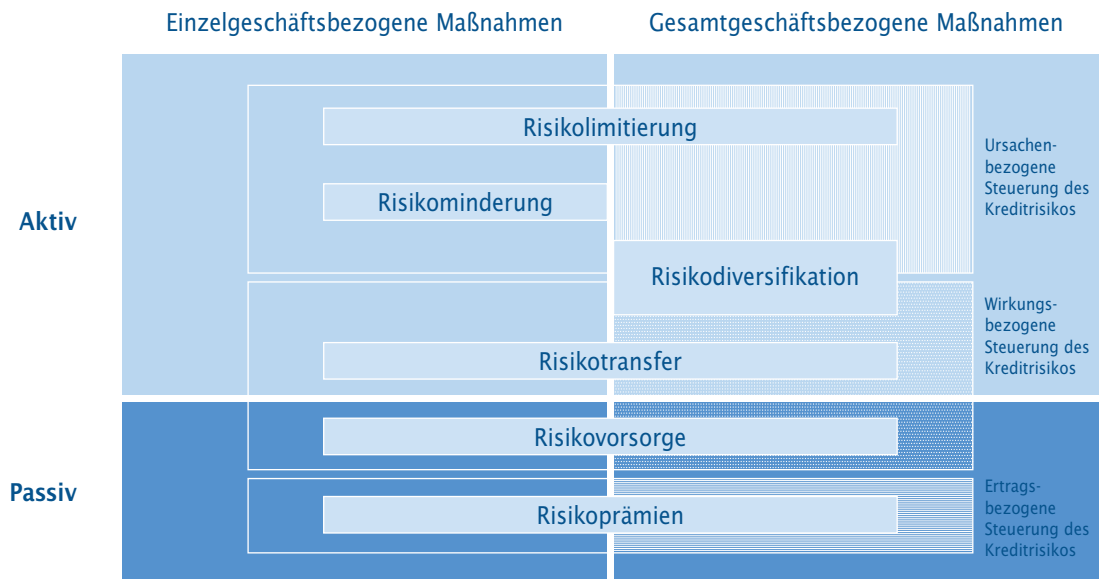
Portfoliosicht nicht. Aus dem Blickwinkel der Kreditrisiken auf Bankebene sind für die LBBW keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Steuerung

Die Kreditrisikostrategie ist die Grundlage des konzernweiten Kreditrisikomanagements der LBBW. Die für einen rollierenden Planungshorizont von jeweils drei Jahren aufgebaute Kreditrisikostrategie wird fortlaufend weiterentwickelt. Ihre Aufgabe ist

es, die aus den unternehmenspolitischen Zielen und den Erwartungen der Eigentümer resultierende Risikoneigung in konkrete Handlungsvorgaben für das Kreditgeschäft zu transferieren. Dabei orientiert sich die Kreditrisikostrategie an den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank. Wesentliche Bestandteile sind quantitative, Risk-Return- sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben für das Einzelgeschäft, bzw. Geschäftsfelder und Teilportfolien.

Systematisierung der Steuerungsmöglichkeiten



Risikolimitierung: Die Limitierung auf Einzelgeschäftsebene findet zum einen dadurch statt, dass grundsätzlich Kredite nur an Kreditnehmer mit einer Mindestbonität vergeben werden. Darüber hinaus wird die Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer bzw. an die Risikotragfähigkeit unseres Institutes gekoppelt.

Auch im vergangenen Jahr wurde das bestehende Limitsystem der LBBW zur Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken sukzessive weiterentwickelt. Hierbei wurde das im Jahr 2001 für Handelsprodukte eingeführte »Global Limit System« auch für die Limitüberwachung des Kreditgeschäftes ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird eine mehrdimensionale Limitierung angewendet, wobei je nach Risikorelevanz und geschäftspolitischen Erfordernissen weiche (flexible Handhabung im Grenzbereich) oder harte (kein Handlungsspielraum) Limite möglich sind. Grundlage für die Limitierungen sind die Höhe des nominalen Kreditvolumens.

Risikominderung: Im Rahmen der Risikosteuerung gewinnt die Sicherheitenstrategie zunehmend an Bedeutung. Zur effektiven Begrenzung von Verlustpotenzialen werden insbesondere bei Krediten an Kreditnehmer in den schwächeren Bonitätsklassen verstärkt Sicherheiten vereinbart. Eine weitere Reduzierung der Kreditrisiken erfolgt durch konsequente Nutzung von Nettingrahmenverträgen und Collateral-Vereinbarungen mit unseren Geschäftspartnern, welche die Deckung der nach Mark to Market ermittelten Nettopositionen aus beispielsweise OTC-Derivaten durch Geldleistungen oder sonstige liquiden Sicherheiten regeln.

Risikotransfer: Ein Risikotransfer findet bei der LBBW im Rahmen von Syndizierungen, der Durchführung von ABS-Transaktionen, aber auch der Anwendung von synthetischen Transaktionen statt. Die Syndizierungen bieten dabei auf der Einzelgeschäftsebene die Möglichkeit der anteiligen Aufteilung eines Kredites auf mehrere Kreditinstitute, welche bei einem Ausfall des Kredites in der Regel den gleichen Konkursrang haben. Zum Transfer von Risiken durch synthetische Transaktionen werden unter anderem mittels Credit Default Swaps Kreditrisiken von der zugrunde liegenden Position getrennt und isoliert auf andere Marktteilnehmer übertragen. Synthetische Transaktionen ermöglichen uns, Kreditrisiken sowohl auf Einzelengagementebene als auch auf Portfolioebene abzusichern, ohne dass dadurch die Kundenbeziehung beeinflusst wird.

Risikoprämie: Ein risikoadjustiertes Pricingverfahren unterstützt die wertorientierte Gesamtbanksteuerung der LBBW in der Produktvorkalkulation. Zur Preis-

Zins- und Provisionsüberschuss

- Kostenspanne

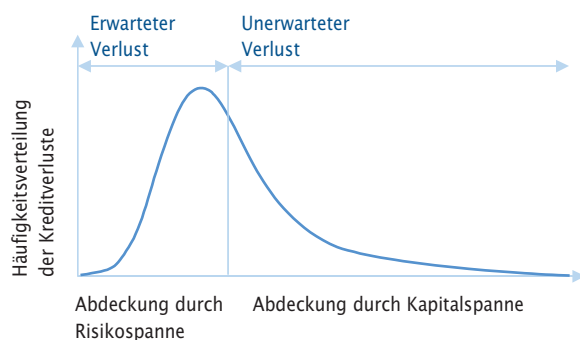
- Risikospanne

- Kapitalspanne

= Wertbeitrag

findung wird der Wertbeitrag eines Geschäfts als eine wesentliche Orientierungsgröße herangezogen. Der Wertbeitrag ergibt sich aus Zins- und Provisionsüberschuss abzüglich Vertriebs- und Verwaltungskosten (Kostenspanne) sowie Risiko- und Eigenkapitalkosten. Die bei der Preisfindung eines Kredites berücksichtigte Risikospanne ist unter anderem

abhängig von der Bonitätseinschätzung des Kreditnehmers durch die LBBW, der Kredithöhe sowie der Kreditlaufzeit. Sie entspricht den kalkulatorischen, erwarteten Risikokosten eines Kreditgeschäfts und leitet sich aus durchschnittlichen Werten tatsächlich erfolgter Kreditausfälle der Vergangenheit ab. Die Kosten der Eigenkapitalunterlegung zur Deckung unerwarteter Verluste aus Kreditausfällen gehen in Form der Kapitalspanne in das Pricing ein. Die Kapitalspanne hängt ebenfalls wesentlich von der Bonitätseinschätzung des Kreditnehmers ab; zudem wirken sich hinterlegte Sicherheiten reduzierend auf die Kapitalspanne aus.



Risikovorsorge: Die Risikovorsorgestrategie der LBBW hat als Instrument der passiven Risikosteuerung das Ziel, wahrscheinliche Verluste aus dem Kreditgeschäft durch geeignete Kapitalunterlegungsmaßnahmen aufzufangen. Engagements mit Leistungsstörungen und Sanierungsbedarf werden in der Regel zur weiteren Bearbeitung an den Bereich Zentrale Kreditbetreuung abgegeben. Diesem obliegt grundsätzlich die Entscheidung über die weitere Begleitung des Engagements bzw. die Kündigung und die Durchführung von Zwangsmaßnahmen. Auslandsengagements, Kredite aus dem Wholesale-Bereich sowie gewerbliche Immobilienfinanzierungen verbleiben aufgrund der spezifischen Besonderheiten bei der zuständigen Fachabteilung, die jedoch zwingend ein Votum des Bereichs Zentrale Kreditbetreuung einzuholen hat. Sofern der Wert der Sicherheiten das Engagement nicht abdeckt, wird die Höhe des notwendigen Einzelwertberichtigungsbedarfs (EWB) festgelegt. In jedem Einzelfall erfolgt eine Dokumentation der Überlegungen und Anlässe, die zur Bildung einer EWB geführt haben. Dabei wird die aktuelle Situation des Kreditnehmers durch Sanierungsprognosen bzw. Zerschlagungsüberlegungen ergänzt.

Im Zuge des Zusammenschlusses der LBBW und der BW-Bank wurden alle genannten Einflussfaktoren nochmals überprüft, zum Teil angepasst und die Pricingmethoden beider Häuser harmonisiert.

Die Vorgehensweise bei der marktgerechten Preisfindung und der betriebswirtschaftlichen Vorkalkulation hat sich bewährt – und sichert damit letztlich im Kundeninteresse liegende, aufwandsgerechte Preise im Kreditgeschäft.

Überwachung und Reporting

Die jeweils zuständigen Risikomanager sind in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Marktbereichen für die Festlegung der mit der Kreditrisikostategie der Bank übereinstimmenden Strategie auf Einzelkundenebene verantwortlich. Darüber hinaus überwachen sie auch die Umsetzung. Die Dokumentation erfolgt bei der turnusmäßigen Kreditberichterstattung bzw. – bei bedeutenden Risiken – in Rahmen von Beobachtungslisten. Zur Darstellung der Gesamtrisikolage hat die LBBW ein umfangreiches Reporting, das neben dem Vorstand auch die Führungskräfte der Markt- und Marktfolgeeinheiten in regelmäßigem Turnus über die aktuellen Entwicklungen informiert. Dabei werden aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus Analysen durchgeführt, die ein schnelles Einleiten von gegensteuernden Maßnahmen auf konjunkturelle Einflüsse und unerwünschte Portfolioveränderungen ermöglichen. Zusätzlich besteht ein Ad-hoc-Reporting, das zuständige Entscheidungsträger über bedeutende oder außergewöhnliche Ereignisse/Risiken unverzüglich unterrichtet.

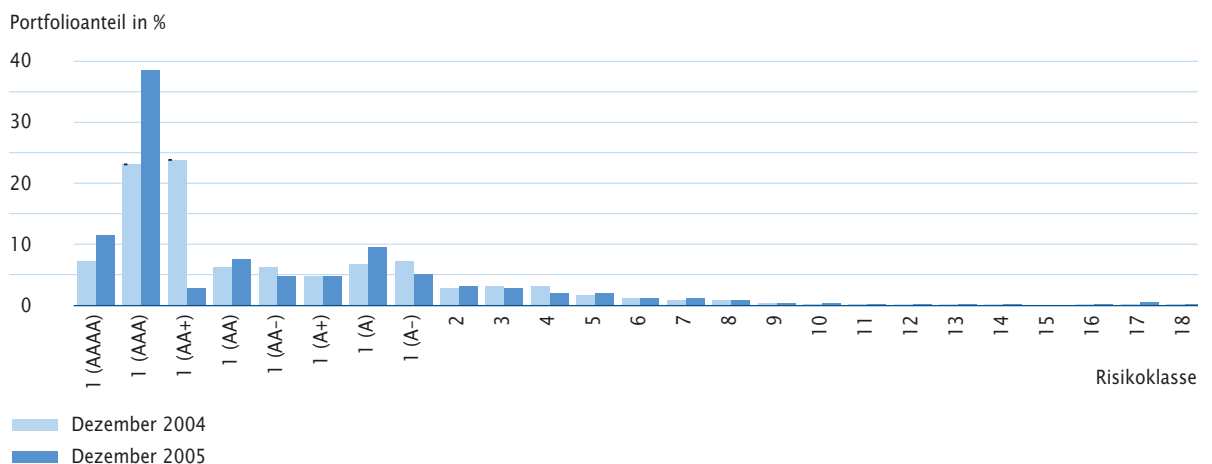
Der Detaillierungsgrad und Umfang der Analysen und Reportings wird fortwährend weiterentwickelt.

Zusammenfassung

Die erfolgreiche Ausrichtung unseres bisherigen Kreditrisikomanagements spiegelt sich insbesondere in der guten Qualität unseres Portfolios wider: Rund 95 % des gerateten Nettoforderungsbestandes befinden sich im Investmentgrade-Bereich, etwa 4,5 % sind im Non-Investment-Bereich und nur 0,7 % befinden sich in der Restrukturierung oder der Abwicklung. Darüber hinaus stehen die Kreditrisikokosten in einem gesunden Verhältnis zu den Bruttoerträgen (7,5 %).

Die Basis, um unsere gute Kreditportfoliostruktur und das Risk-Return-Verhältnis beizubehalten bzw. zu verbessern, ist ein modernes und aktives Risikomanagement, das sich neuen Anforderungen zeitnah anpasst. Dies betrachten wir als dynamischen Prozess, der schnell verändernde Marktsituationen berücksichtigt und möglichst antizipiert.

Verteilung des gerateten Forderungsbestandes nach Risikoklassen LBBW



Risikolage Gesamtbank

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich auch im vergangenen Jahr nur wenig gebessert. So war nach Angabe der Deutschen Bundesbank im Frühjahr 2005 noch ein Wachstum der deutschen Wirtschaft zu verzeichnen, das jedoch ausschließlich durch den starken Export getragen wurde und sich im Laufe des Jahres nicht fortsetzen konnte. Positiv zu vermerken ist der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im vergangenen Jahr. Diesem steht allerdings eine im Vergleich zu den Vorjahren negative Gründungsbilanz mit deutlich mehr Abmeldungen und weniger Anmeldungen gegenüber. Auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage der privaten Haushalte war erneut als ungünstig zu beurteilen. Laut Creditreform hat die Anzahl der privaten Insolvenzen in 2005 dramatisch zugenommen. Die hohe Unsicherheit im Hinblick auf die Beschäftigungsaussichten und die ungewisse Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme belastete nach wie vor die Perspektiven der privaten Haushalte.

Baden-Württemberg konnte als exportstarkes Bundesland von der erhöhten Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten besonders profitieren. Dies führt laut Aussage der IHK Stuttgart dazu, dass die Südwestwirtschaft auf einen, wenn auch moderaten, Erholungskurs zurückschwenkt. Nach wie vor ist die Arbeitslosenquote im Kernmarkt der LBBW im Bundesvergleich gering.

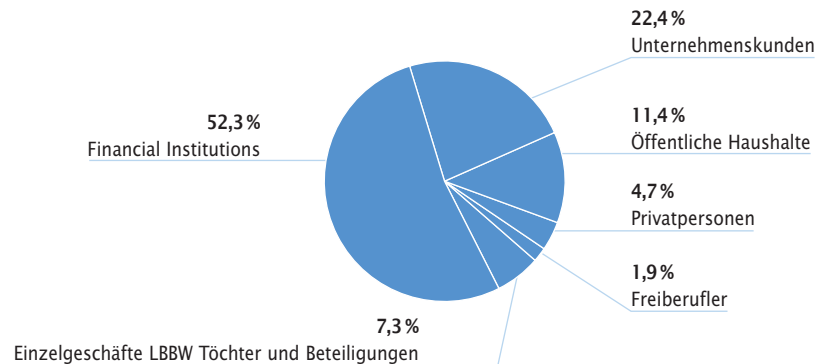
Das Gesamtportfolio der LBBW ist auf unterschiedliche Größenklassen verteilt. Im Einklang mit unserer Risikopolitik befinden sich die großen Engagements ausschließlich in besten Bonitätsklassen.

Verteilung des Forderungsvolumens auf Größenklassen nach Einzelkreditnehmern

Dezember 2005			
bis ... Mio. EUR	in %	kum. %	Cluster %
0,5	5,9	5,9	26,1
1	1,1	7,0	
5	3,8	10,9	
10	3,0	13,9	
50	12,2	26,1	31,7
100	7,8	33,9	
500	24,0	57,9	
1 000	13,8	71,7	
2 000	12,8	84,5	42,1
3 000	10,3	94,9	
5 000	3,7	98,5	
>5 000	1,5	100,0	
Summe	100,0	100,0	100,0
LBBW-Konzern	0,0	0,0	0,0
BW-Bank (alt)	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	100,0	100,0	100,0

Trotz der eher verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen in Deutschland verfügt die LBBW aufgrund ihrer konservativen Risikopolitik, des auf ökonomischen Anforderungen ausgerichteten Risikomanagements und der Diversifizierung des Portfolios über ein risikoarmes Kreditportfolio. Durch die Eingliederung der BW-Bank wurde die Kundenstreuung weiter verstärkt.

Verteilung des Forderungsbestands auf übergeordnete Branchen



Financial Institutions

Der Begriff Financial Institutions umfasst u. a. Banken und Sparkassen, Versicherungen, Non-Bank Financials, Bausparkassen, Broker, Makler als auch die strukturierten Kreditrisikoprodukte. Neben Handelstransaktionen, strukturierten Handelsfazilitäten, Außenhandels- und Exportfinanzierungen werden insbesondere bilaterale oder national und international syndizierte Kredit- und Wertpapiergeschäfte getätigt.

Der sich in den Vorjahren abzeichnende Trend differenzierter Entwicklungen, sowohl im Umfeld als auch in den Bonitäten der Partner der LBBW, setzte sich im Berichtsjahr 2005 weiter fort.

Das Risikomanagement ist durch eine Reihe risikobegrenzender Leitlinien und Steuerungsparameter mit konservativem Charakter geprägt. Aufgrund fortlaufender fundamentaler und qualitativer Analysen der Bonitäten – ggf. auch vor Ort – sowie durch aktive risikobegrenzende Maßnahmen verfügt die LBBW auch in 2005 über ein stark differenziertes, regional ausgewogenes und bonitätsmäßig gutes Portfolio.

Wie in der Vergangenheit befindet sich der weitaus größte Teil der Engagements im Investmentgrade-Bereich.

Unternehmenskunden

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich für Unternehmen im vergangenen Jahr zwar leicht verbessert, insgesamt war die Investitionsbereitschaft im Inland aber nach wie vor sehr verhalten und schwerpunktmäßig auf Ersatzinvestitionen ausgerichtet. Finanzierungen erfolgten überwiegend aus von den Unternehmen erwirtschafteten Cashflows, freie Zahlungsmittel wurden weitgehend für die Rückführung von Krediten eingesetzt. Diese Entwicklungen führten in 2005 bei der LBBW zunächst zu einer schwachen Kreditnachfrage der Unternehmen, welche sich aber im zweiten Halbjahr wieder stabilisiert hat. Trotz des ungünstigen wirtschaftlichen Rahmens konnte das Volumen der an Unternehmen ausgereichten Kredite nahezu beibehalten werden.

Tiefere Aufspaltung Unternehmen und Organisationen

Gesamt Dezember 2005	
Branche	in %
Energie, Versorger	8,7
Ernährung, Konsum- und Gebrauchsgüter	1,8
Chemie, Kunststoffe	2,4
Metall, Maschinenbau	4,5
Fahrzeugbau	3,1
Elektrotechnik, Kommunikation, IT	4,2
Bauen, Wohnen	15,7
Handel	5,7
Verkehr, Logistik	3,5
Medien, Unterhaltung	1,3
Dienstleistungen	15,3
Finanzdienstleistungen (ohne KI und Versicherungen)	19,7
Versicherungsgewerbe	3,5
sonstige	10,6
Summe	100,0

Privatkunden und Freiberufler

Im Geschäftsfeld der Privatkunden und Freiberufler der LBBW dominiert das Immobiliengeschäft. Aufgrund der unsicheren Lage am Arbeitsmarkt haben sich die Kunden in 2005 mit Immobilienkäufen und somit langfristigen Verpflichtungen zurückgehalten. Entsprechend war der Markt für Neubauten eher rückläufig. Der Markt für Bestandsobjekte, insbesondere in attraktiven Lagen, entwickelte sich jedoch positiv. Dies alles hat sowohl auf die Bauwirtschaft als auch auf die Entwicklung der Neugeschäftszahlen der Kreditinstitute für Hypothekendarlehen Auswirkung. Trotz verschärfter Wettbewerbssituation, insbesondere von Direktbanken, konnte die LBBW eine Steigerung der Neugeschäftsabschlüsse verbuchen.

Länderrisiken

Im Jahr 2005 konnten die Länderrisiken weiter verringert werden, auch wenn die deutliche Verbesserung des Vorjahres nicht mehr erreicht wurde. Im Jahresvergleich hat sich bei sieben Ländern die Risikogruppe verbessert und nur bei drei Ländern verschlechtert. Diese LBBW-spezifische Entwicklung steht im Einklang

mit einer geringfügigen Verbesserung des »Globalen Durchschnitts« der Länderrisikoumfrage des Institutional Investor von 42,9% im März 2005 auf 44,1% im September 2005.

Dank unserer konservativen Länderrisikopolitik und durch die hohe Funktionsfähigkeit der eingesetzten Analysesysteme war die LBBW weder von der Argentinien-Umschuldung im Juni 2005 noch von der 2003/2004 entstandenen Liquiditätskrise der Dominikanischen Republik betroffen. In diesen Fällen war weder ein Verbrauch der Risikovorsorge noch deren Neubildung erforderlich.

Das Auslandsportfolio ist mit einer Konzentration auf Länder mit besonders gutem Rating weiterhin ausgesprochen transferrisikoarm. Zum 30. September 2005 war einem Anteil von 95% an den gesamten Länderrisiken die Ratingklasse 1(A-) oder besser zugeordnet. Das Management der Länderrisiken erfolgt über die Verabschiedung geschäftspolitischer Grundsätze und über die individuelle Risikoentscheidung beim Einzelgeschäft. Der Länderlimitausschuss entscheidet in besonderen Situationen über auf einzelne Geschäfte bezogene Fragen und schlägt regelmäßig die vom Vorstand zu erlassenden länderindividuellen Limite vor.

LBBW		
Region	Inanspruchnahme	Anteil am Gesamtvolumen
	in Mio. EUR	in %
Westeuropa	104 279	67,0
Osteuropa	2 052	1,3
Asien/Pazifik	11 373	7,3
Afrika	59	0,0
Nordamerika	37 000	23,8
Lateinamerika	891	0,6
Supranationale	35	0,0
Gesamt	155 689	100,0

Risikovorsorge

Rückläufige Risikokosten zeigen insgesamt eine verbesserte Risikolage. Der Bestand der erforderlichen Risikovorsorge ist im Jahresvergleich in allen Segmenten weiter gesunken. Neben konjunkturellen Faktoren haben hierzu auch verbesserte Rating- und Risikofrüherkennungsverfahren beigetragen.

Im Zuge der für die Kreditwirtschaft nachteiligen Verbraucherkreditrechtsprechung ist eine Reihe von Darlehensforderungen angefochten worden. Der hohe EWB-Verbrauch bei Retail Clients ist im Wesentlichen auf daraus resultierende Vergleichsvereinbarungen zurückzuführen.

Risikovorsorge					
Segment in Mio. EUR	EWB-Bestand 31.12.2005 (1)	Forderungs- bestand (2)	EWB-Quote (1)/(2)	EWB-Verbrauch in 2005	Direktabschreibung per 31.12.2005
Financial Markets	11,2	234 638	0,00 %	7,1	0,2
Corporate Finance	1 334,7	59 587	2,24 %	133,3	7,1
Retail Clients	417,1	28 772	1,45 %	126,7	6,5
Corporate Items	15,1	44 937	0,03 %	3,4	2,0
LBBW-Bank	1 778,1	367 934	0,48 %	270,5	15,8

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen, bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Das Beteiligungsportfolio der LBBW lässt sich nach dem Grad der Konzernbindung der Tochtergesellschaften/Beteiligungen wie folgt gliedern:

- **Enger Konzern**
Bei den Beteiligungen des engen Konzerns handelt es sich um Tochtergesellschaften (in der Regel 100%-Beteiligungen), die wie Bereiche/Abteilungen der LBBW geführt werden. Stabsfunktionen wie Controlling, Rechnungswesen und Personal werden unmittelbar durch die zuständigen Organisationseinheiten der LBBW wahrgenommen.

- **Weiter Konzern**
Bei Gesellschaften des weiten Konzerns handelt es sich um Tochtergesellschaften, die über ein eigenes Management und eigene Stabsfunktionen verfügen. Die Steuerung dieser Gesellschaften erfolgt über die Stellung als Mehrheitsgesellschafter und über Vertreter der LBBW in Aufsichtsgremien.
- **Minderheitsbeteiligungen**
Bei Minderheitsbeteiligungen nimmt die LBBW über die Vertretung in Anteilseigner- und Aufsichtsgremien Einfluss auf die Geschäftstätigkeit, im Einzelfall mit Vetorechten bei wesentlichen Entscheidungen.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korres-

pondierenden Fachebenen der Bank und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet bei diesen Unternehmen eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie und Recht der LBBW statt. Die Gesellschaften, bei denen die Risiken für den LBBW-Konzern materiell sind, werden sukzessive in die jeweiligen Steuerungssysteme der LBBW integriert (Transparenzprinzip).

Risikolage: Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der Bank eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Verkehrswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die Bank bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen

abgegeben. Daneben besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage.

Unter Berücksichtigung der bei den Beteiligungsunternehmen vorgenommenen Ergebnisthesaurierungen wurde für das Beteiligungsportfolio insgesamt eine Rendite erzielt, die über der Verzinsung risikoloser Alternativen (festverzinsliche Wertpapiere der öffentlichen Hand) liegt.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Liquiditätsrisiken.

Beim Liquiditätsrisiko unterscheidet die LBBW zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (kurzfristiges Liquiditätsrisiko) und dem Refinanzierungsrisiko (langfristiges Liquiditätsrisiko). Das Risiko der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit wird als Liquiditätsrisiko im engeren Sinne bezeichnet.

Das Refinanzierungsrisiko (Eigenbonitätsrisiko) bezeichnet das Risiko eines Anstiegs der Refinanzierungskosten der Bank bei kurzfristiger Refinanzierung langfristiger Aktiva. Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Liquiditätsrisiken im engeren Sinne und Refinanzierungsrisiken

Die Liquiditätssteuerung als geschäftsfeldübergreifende Aufgabe nimmt der Bereich Treasury wahr. Das Refinanzierungsrisiko wird im Rahmen der Funding-Strategie durch regelmäßige Diskussion und Entscheidung über etwaige Maßnahmen gesteuert.

Die kurzfristige Liquidität wird mittels regelmäßiger Vorschaurechnungen, die alle zahlungswirksamen Aktivitäten der Bank berücksichtigen, überwacht. Das Risiko eines akuten Zahlungsmittelengpasses ist über ein Limitsystem begrenzt, bei dem das Limit aus der zur Verfügung stehenden Liquiditätsreserve abgeleitet wird. Der Bereich Treasury steuert die Liquiditätsreserve aktiv. Im Rahmen eines ausführlichen Liquiditätslageberichts informiert der Bereich Treasury vierteljährlich den Vorstand über alle Aspekte der Sicherung der Liquidität. Zusätzlich steht eine detaillierte Notfallplanung für die Bewältigung etwaiger Krisensituationen bereit.

Die LBBW verfügt über eine breite, gut diversifizierte Refinanzierungsbasis. Die Ratingverschlechterung infolge des Wegfalls der Gewährträgerhaftung am 19. Juli 2005 hatte nur sehr geringe Auswirkungen auf das Refinanzierungsumfeld in den Geldmarktlaufzeiten.

Durch konsequentes Management der Liquiditätsreserven sieht sich die Bank auch gegenüber unvorhersehbaren Störungen bei der Liquiditätsversorgung am Markt sowie unerwarteten Liquiditätsabflüssen oder Ausfällen erwarteter Zahlungseingänge gut abgesichert. Das bei der LBBW als Liquiditätsreserve im engeren Sinne bezeichnete, taggleich mit Sicherheit verfügbare freie Refinanzierungspotenzial über Notenbanken (EZB und FED) lag per 31. Dezember 2005 bei 9,5 Mrd. EUR.

Die Liquiditätsanforderungen des KWG-Grundsatzes II wurden 2005 jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennziffer der LBBW lag per 31. Dezember 2005 bei 1,32 (2004 1,40).

Marktliquiditätsrisiken

Marktliquiditätsrisiken beziehen sich auf potenzielle Verluste beim Handel größerer Bestände in weniger liquiden Wertpapieren. Falls ein hohes Volumen kurzfristig veräußert werden sollte, ist von einem entsprechenden signifikanten Einfluss auf die Märkte auszugehen, der in einem Druck auf die Preise resultieren wird und somit den zu erwartenden Erlös schmälert.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt.

Risikolage: Die Marktliquiditätsrisiken haben für die Bank keine übermäßige Bedeutung. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt. Ansonsten hat sich der Handel vorwiegend auf solche Produkte und Märkte zu beschränken, die aufgrund der bisherigen Marktentwicklung eine genügende Liquidität vermuten lassen.

Marktpreisrisiken.

Organisation der Marktpreisrisiküberwachung

Der Überwachung der Marktpreisrisiken der LBBW liegt ein hierarchisch organisiertes Limitsystem zugrunde. Die Kompetenz der hierbei eingerichteten Limithöhen geht vom Gesamtvorstand aus, der über dauerhafte Veränderungen von Limiten entscheidet. Bezüglich vorläufiger Maßnahmen und bestimmter Subportfolios wurde diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert.

Die Messung der Marktpreisrisiken erfolgt durchweg mittels Value-at-Risk (VaR)-Kennzahlen. Entsprechend existiert ein vollständiges System von VaR-Limiten, deren Auslastung dem Gesamtvorstand täglich angezeigt wird. Kumulierte Verluste im Jahresverlauf reduzieren das freie VaR-Limit der betroffenen Handelseinheit und gewährleisten somit eine absolute Verlustbegrenzung auf Jahressicht. Diese Verlustbegrenzung entspricht dem Stopp-Loss-Limit, das jedem VaR-Limit beigestellt ist. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus detailliertere Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken. In diesem Rahmen erfolgt ebenfalls eine ausführlichere Diskussion der Exposures der Bank auf Basis von verschiedenen Stress-Szenarien.

Verfahren

Die LBBW ermittelt den VaR aus Marktpreisrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen. Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer szenariobasierten Monte-Carlo-Simulation beruht (SiRA). Dieser Ansatz kombiniert

Genauigkeit der Messung mit Effizienz der Berechnung. Durch die Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern exakt berücksichtigt. Daneben sorgt die Einteilung der potenziellen Marktentwicklungen in Szenarien für eine effizienzsteigernde Reduzierung der Anzahl von Portfoliobewertungen.

Unter den Marktpreisrisiken werden in der LBBW folgende Unterkategorien abgebildet:

- Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der Bank haben können. Derartige Entwicklungen sind sämtlich in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen verschiedener Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen.
- Ergänzt werden die VaR-Berechnungen durch separate Stress-Szenarien, die insbesondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen einbeziehen und somit die Portfoliowertänderung bei extremen Marktbewegungen abbilden.
- Regelmäßig wird auch der von Basel II unterstellte Zinsschock von 200 Basispunkten berechnet. Es zeigt sich, dass die Barwertveränderung als dessen Auswirkungen innerhalb der dort definierten Grenzwerte liegt.

- Weniger bedeutsam als Zinsrisiken sind Währungs- und Rohwarenrisiken sowie die Aktienrisiken. Erstere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.
- Neben den Marktpreisrisiken werden die Marktliquiditätsrisiken gemessen und limitiert. Hierbei handelt es sich um potenzielle Verlustrisiken, die mit der Haltung größerer Bestände in weniger liquiden Wertpapieren verbunden sind. Näheres dazu findet sich im Abschnitt zu Liquiditätsrisiken.

Risikolage

Das Globallimit für Marktpreisrisiken wurde stets eingehalten. Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen damit durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW.

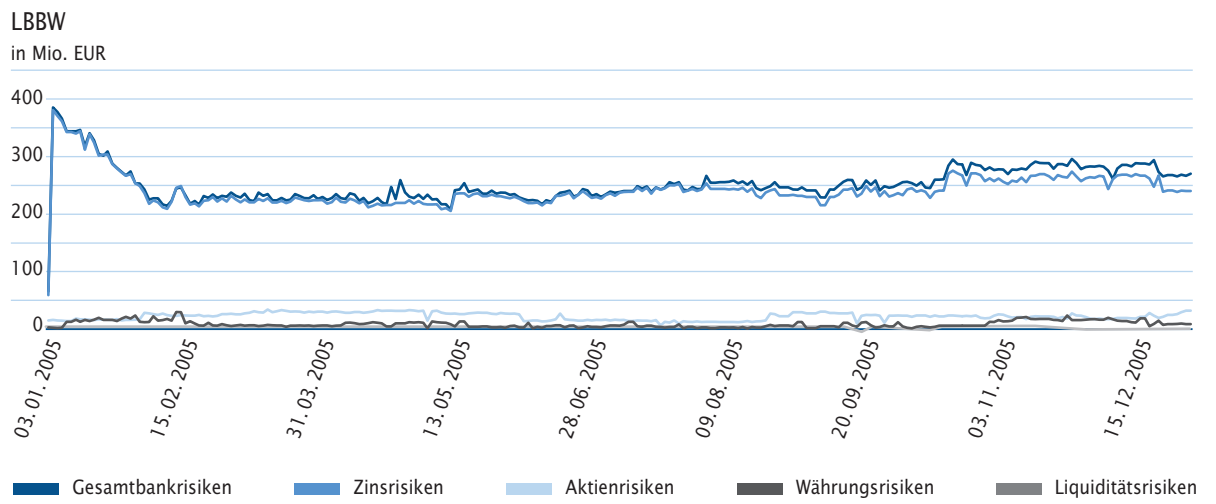
Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt stark von Zinsrisiken geprägt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

Risikoarten auf Gesamtbankebene					
in Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2005	31.12.2004
Zinsänderungsrisiken	243	381	59	240	62
Aktienrisiken	22	34	7	35	15
Währungsrisiken	9	30	1	9	4
LBBW-Bank	253	385	66	270	69

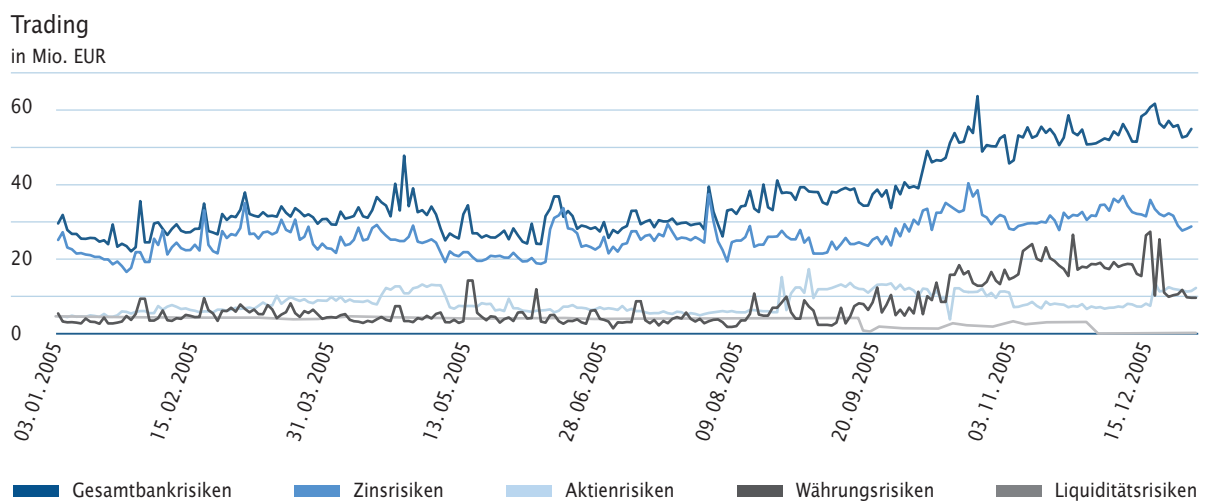
Für die Tradingpositionen ergaben sich folgende Werte:

Tradingpositionen					
in Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2005	31.12.2004
Zinsänderungsrisiken	26	40	17	44	29
Aktienrisiken	8	17	4	12	5
Währungsrisiken	8	27	1	10	3
LBBW-Bank	37	64	22	55	33

Die folgenden Grafiken stellen die Jahresverläufe der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.



Der Anstieg des Zinsrisikos zu Jahresbeginn ist auf die Erweiterung der Risikoberechnung um Credit Spread Risiken im Anlagebuch zurückzuführen. Diese werden seit dem 3. Januar 2005 im Marktpreisrisiko-VaR berücksichtigt.



Backtesting

Der von dem Risikomodell (SiRA) berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die künftigen Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dieser Vorgang wird als Backtesting bezeichnet. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung (so genannte »Ausreißer«) gezählt. Auch bei einem

perfekten Modell unterliegt diese Anzahl statistischen Schwankungen, so dass hierfür eine aufsichtsrechtliche Schranke von fünf Ausreißern festgelegt wurde, bis zu welcher das Modell nicht widerlegt werden kann. Die Backtesting-Zeitreihen der LBBW zeigen für die Gesamtbank und für das Handelsbuch jeweils nur einen Ausreißer und liegen damit eindeutig innerhalb dieser Schranke.

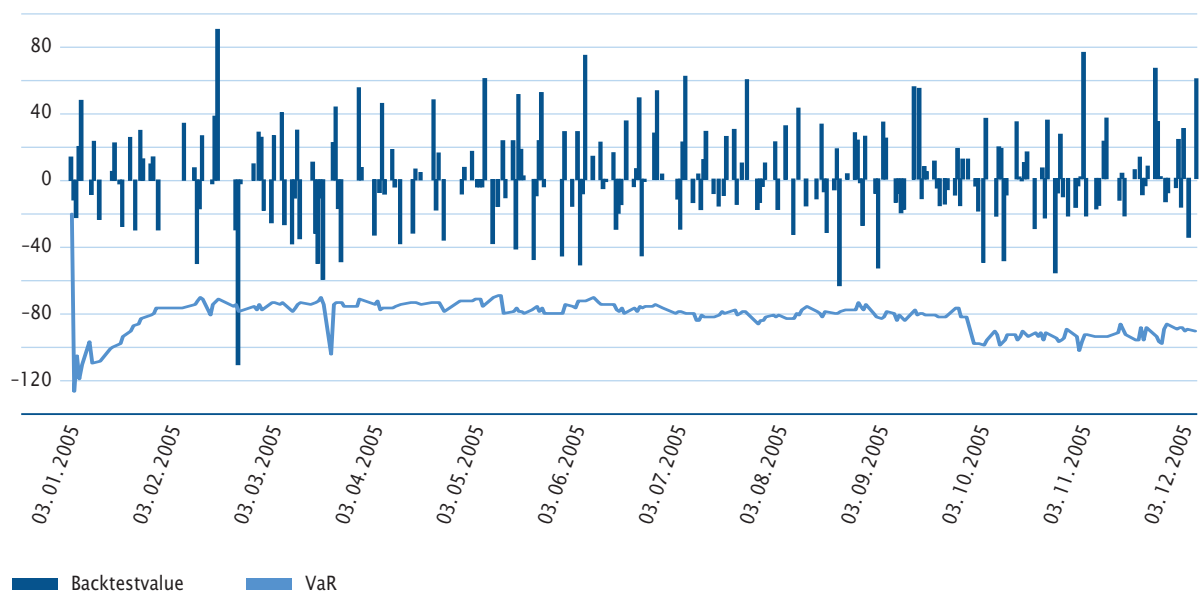
Gesamtbank Backtesting für den Zeitraum

03.01.2005 – 30.12.2005

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau,

1 Tag Haltedauer, Backtestingquote 0,43%

in Mio. EUR



Weiterentwicklung des Risikomodells

Die Dynamik der Kapitalmärkte konfrontiert auch das Risikomodell der LBBW mit ständig neuen Anforderungen. So werden stets neuartige Produkte kreiert, für die eine adäquate Risikoabbildung gewährleistet sein muss. Die nötigen Bewertungsverfahren entwickelt die LBBW selbst. Das ermöglicht die Kontrolle und wenn nötig die flexible Reaktion auf Variationen der Produktgestaltung. Die Bank ist sich dabei bewusst, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind. Neben den Bewertungen wird auch die Adäquanz der Risikomodellierung regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell zeitnah entsprechend erweitert werden.

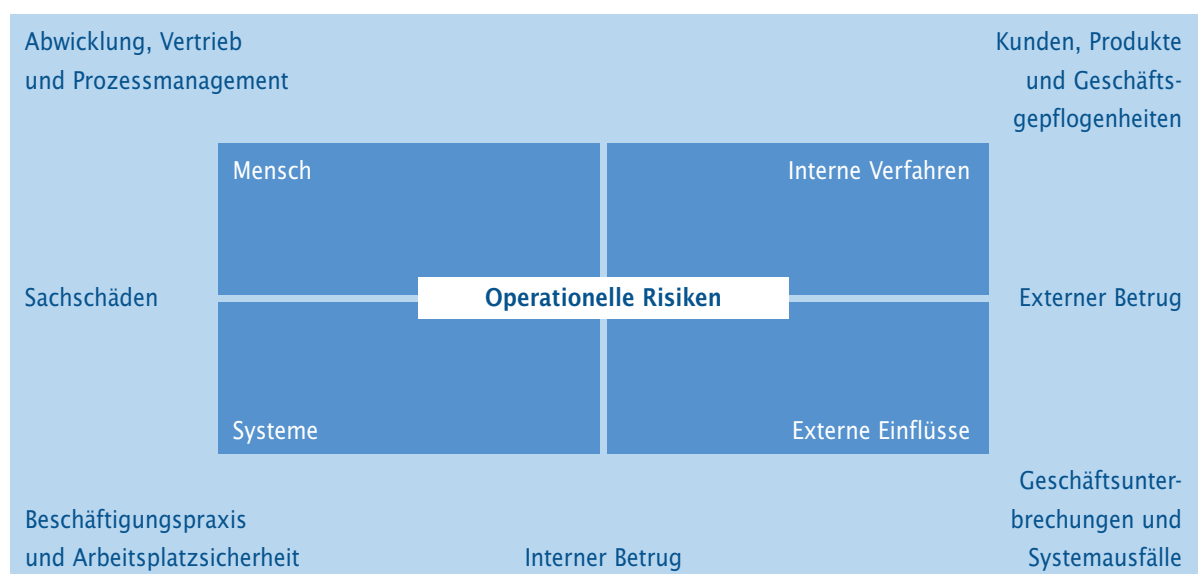
Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW generell durch konservative Parametrisierungen. In bestimmten Fällen werden Sonderlimitierungen vorgenommen. Teilweise

kann es zu Bewertungsabschlägen kommen, falls Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren.

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken sind definiert als »Risiken, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen eintreten«. Diese Definition schließt rechtliche Risiken mit ein und entspricht dem aufsichtsrechtlichen Verständnis.

Schwerpunkt der Tätigkeit des zentralen Controllings operationeller Risiken war die Weiterentwicklung von Methoden und Instrumenten zur Identifikation, Bewertung und Analyse von operationellen Risiken. Ein Hauptaugenmerk liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste zu reduzieren. Die Ursachen und Ereignisse werden entsprechend folgender Kategorisierung erfasst:



In der LBBW wurde im Berichtsjahr die bestehende Schadensfalldatenbank durch ein web-basiertes System zur Erfassung von Schadensfalldaten abgelöst. Die durch die Schadensfalldatenbank geschaffene Transparenz erlaubt detaillierte Analysen von schlagend gewordenen quantifizierbaren operationellen Risiken. Die Ergebnisse der Schadensfallanalysen werden in die Planung präventiver Maßnahmen integriert und ermöglichen die Ableitung von Bepreisungskonzeptionen.

Neben internen Schadensfalldaten sind für die Anwendung von mathematisch-statistischen Methoden zur Quantifizierung operationeller Risiken auch externe Schadensfalldaten erforderlich. Die LBBW ist auf Ebene des Bundesverbandes öffentlicher Banken am Aufbau eines Datenkonsortiums beteiligt, dessen Ziel es ist, Schadensfalldaten zu sammeln und anonymisiert auszutauschen.

Die LBBW entwickelte die qualitativen Methoden zur Risikoidentifizierung und -bewertung weiter. Um Risikopotenziale zu ermitteln, werden zwischenzeitlich bankweit moderierte Risikoinventuren durchgeführt. Dabei sind die in den jeweiligen Geschäftsbereichen tätigen Mitarbeiter eingebunden – auf diese Weise wird der Sachverstand dezentraler Fachexperten für eine fundierte bereichsspezifische Szenarienbildung und Risikobeurteilung genutzt. Risikoinventuren stellen eine geeignete Plattform dar, um das Risikobewusstsein der Mitarbeiter zu schärfen und somit letztlich operationelle Risiken zu reduzieren. Die Erkenntnisse aus den Risikoinventuren dienen der Weiterentwicklung eines ganzheitlichen Controlling- und Managementkonzeptes zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von operationellen Risiken.

Das Management operationeller Risiken in der LBBW fällt in die Verantwortlichkeit der Bereiche. Entsprechend wird die Entscheidung, welche operationellen Risiken zu tragen bzw. zu reduzieren sind, grundsätzlich dezentral getroffen. Eine große Bedeutung haben die dezentralen Operational Risk Manager, die als Multiplikatoren für den Themenkomplex operationelle Risiken und als wichtiges Glied im Schadensfallmeldeprozess wirken. Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bezüglich operationeller Risiken. Dies umfasst insbesondere die Förderung der Risikokultur, die Kenntnisnahme und Diskussion der bereichsspezifischen Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse.

Trotz aller Vorsorgemaßnahmen lassen sich operationelle Risiken nicht vollständig vermeiden. Dies trifft beispielsweise auf Katastrophenrisiken zu, für die geringe Eintrittswahrscheinlichkeiten und hohes Schadenspotenzial kennzeichnend sind. Der zentrale Bereich Konzernstrategie und Recht sorgt eventuellen Schäden – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Weiterhin bleibt es eine wesentliche Aufgabe, die Risikokultur und die bankweite Sensibilisierung für operationelle Risiken zu fördern.

DV-Risiken

Ein durchgeführtes externes Assessment zur Einhaltung der ISO-Norm 17 799 im IT-Sicherheitsbereich bescheinigt ein hohes Qualitätsniveau, welches bei deutschen Unternehmen nur vereinzelt zu finden ist. Im IT-Risikomanagement wurde ein zentrales Vorgehen definiert. Über Maßnahmen wie beispielsweise der Ausschreibung eines Ideenwettbewerbs für IT-Risiken im Rahmen des betrieblichen Vorschlagswesens, wird die Risikosensibilität der Mitarbeiter weiter gefördert.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Damit der manuelle Notbetrieb im Notfall aufrechterhalten werden kann, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Durch den Zusammenschluss der LBBW und der BW-Bank verfügt die LBBW aktuell über vier Rechenzentren. Jeweils zwei Rechenzentren stellen einen gegenseitigen Backup dar. Die Geschäfte der BW-Bank werden mittelfristig auf die Systeme der LBBW übertragen, welche dann sowohl für den Test- als auch für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren verfügt. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein untätiger Backup-Betrieb, der nach einer Ausfallzeit von rund vier Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb realisiert. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken

Die Mitarbeiter der LBBW werden als entscheidender Erfolgsfaktor angesehen – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern, bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte der Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie etwa Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Transparent werden diese Risiken durch die periodische Auswertung und Analyse sowie den unternehmensübergreifenden Vergleich von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräftebildungen).

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« zeigt beispielsweise die Analyse der externen Fluktuation – auch im Vergleich mit anderen Landesbanken – keine Auffälligkeiten:

Analyse der externen Fluktuation							
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
LBBW	7,1 %	6,0 %	6,0 %	5,0 %	6,8 %	6,7 %	4,9 %
Vergleichswert (VöB)	6,5 %	7,1 %	6,1 %	5,9 %	6,9 %	6,4 %	-

Um dem so genannten »Engpassrisiko«, dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen, wird das Mitarbeiterpotenzial hinsichtlich der Dimension »Führungseignung« systematisch erfasst und analysiert. Eine selbst initiierte Benchmarking-Erhebung zum Thema Personalentwicklungsaufwand führte im Risikofeld »Anpassungsrisiko« zu einer Anhebung des Planwertes für Personalentwicklungsmaßnahmen um etwa 40 %.

Neben diesen traditionellen Kennzahlen sind qualitative Indikatoren einzubeziehen, damit Personalrisiken nicht nur aus der Vergangenheit extrapoliert werden, sondern zukunftsbezogen beurteilt werden können. Die Suche nach validen qualitativen Indikatoren der Risikoüberwachung soll in Zukunft verstärkt werden, dazu befinden wir uns bereits in der Diskussion mit anderen Instituten, insbesondere für die Risikosteuerung und -überwachung im Risikofeld »Motivationsrisiko«.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der Bank bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt.

Als zweite Säule besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

In 2005 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Um auch zukünftig genügend Potenzial an Fach- und Führungskräften zur Verfügung zu haben, wird auch in 2006 ein Engagement in Ausbildungsgängen sowie in Traineeausbildungen erfolgen.

Rechtsrisiken

Die Rechtsabteilungen der Bank sind insbesondere in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Nationales Recht und Internationales Recht eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt, beziehungsweise nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der Bank freigegeben. Für alle derivativen Geschäfte werden anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch

neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen sind, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit mit dem »Bundesverband öffentlicher Banken« und dem »Deutschen Sparkassen- und Giroverband« – eingehend alle Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich hieraus relevanter Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirkt der Bereich Konzernstrategie und Recht an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit.

Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie und Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

Die LBBW verfolgt eine konservative Risikopolitik. Es wurden für alle maßgeblichen Risiken Maßnahmen zur Begrenzung beziehungsweise Minimierung getroffen und im Rahmen der Risikovorsorge allen erkennbaren Risiken durch umsichtig gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Eine gesamtbankweite Zusammenfassung der Risiken über alle quantifizierbaren Risikokategorien wird bereits durchgeführt, eine Aggregation auf der Basis von VaR-Kennzahlen und anderen Maßzahlen ist angesichts des unterschiedlichen methodischen Fortschritts in den einzelnen Risikobereichen sehr anspruchsvoll, an der Umsetzung wird weiter gearbeitet.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestquote von 8% für die Eigenmittelunterlegung aller Risikoaktiva und Marktrisikopositionen war im abgelaufenen Jahr sowohl in der institutsweiten als auch in der gruppenweiten Betrachtung jederzeit erfüllt und lag zum 31. Dezember 2005 bei 11,7% (31. Dezember 2004: 12,1%).

Die Verfahren zur Bonitätsbeurteilung der Geschäftspartner der LBBW haben sich als stabil erwiesen. Die in den vergangenen Jahren entwickelten und eingesetzten Ratingverfahren haben sich in ihrem Einsatz weiter bewährt. Außerhalb des wertberichtigten Bestands sind im Kredit- und Wertpapierportfolio weder besondere Branchenkonzentrationen noch akute Risiken aus Einzelengagements erkennbar.

Die aus Kredit- und Länderrisiken resultierende Risikovorsorge hat sich in den letzten vier Jahren wie folgt entwickelt:

LBBW				
in Mio. EUR	Kreditrisiken		Länderrisiken (Transferrisiken)	
	Stand Risikovorsorge für Forderungen	Stand Risikovorsorge für Wertpapiere	Stand Risikovorsorge für Forderungen	Stand Risikovorsorge für Wertpapiere
31. 12. 2002	1 688,8	52,7	50,8	5,0
31. 12. 2003	1 539,9	53,2	19,6	2,2
31. 12. 2004	1 612,2	9,1	14,5	2,0
31. 12. 2005	1 778,1	41,5	17,5	0,0

Zahlen ab 1. August 2005 inklusive BW-Bank

Die gesamtwirtschaftlich schwierige Lage der Jahre 2002 bis 2004 wirkte sich auch auf die Entwicklung der Risikovorsorge der LBBW aus. Im Jahr 2005 hat sich die Situation der LBBW wieder deutlich verbessert. Dazu haben eine leichte konjunkturelle Erholung, abnehmende Unternehmensinsolvenzen und insbesondere das aktive Risikomanagement der LBBW beigetragen.

Der Anstieg des Risikovorsorgebestandes zum Jahresende 2005 beruht auf der Einbeziehung der Bestände der BW-Bank AG zum 1. August 2005. Bereinigt um diesen Sachverhalt hätte sich ein Rückgang von ca. 4% ergeben.

Für 2006 erwarten wir eine Belebung der Binnenkonjunktur und ein Anhalten der Exportnachfrage. Auf die Risikolage der LBBW wird sich dies positiv auswirken. Unabhängig hiervon wird die LBBW das eigene Risikomanagement weiter entwickeln, um gegenläufigen Tendenzen frühzeitig begegnen zu können.

Die weiterhin guten Rating-Beurteilungen basieren auf den verschiedenen Säulen der Bank, der regionalen Stärke, der Tatsache, dass die LBBW relativ wenig Risikogeschäft in die Bücher genommen hat und weitgehend über eine fristenkongruente Refinanzierung verfügt. Der Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Juli 2005 hatte bisher noch kaum Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten. Die LBBW hat ihre Deckungsregister wegen des neuen Pfandbriefgesetzes reorganisiert. Damit wird diese Refinanzierungsquelle mit erstklassigen Ratings auch für die Zukunft gesichert.

Durch die beabsichtigte Beibehaltung der konservativen Risikopolitik sind weder bei den Marktpreisrisiken noch bei den Liquiditätsrisiken außergewöhnliche Entwicklungen zu erwarten. Den operationellen Risiken wird durch die beschriebenen risikobegrenzenden Maßnahmen entgegengewirkt. Daneben entwickelt die LBBW ihre Risikostrategie ständig weiter, um ihre Ertragskraft nachhaltig zu stärken.

Prognosebericht.

Solides Wachstum, positive Tendenzen in Deutschland.

Für die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2006 wird eine insgesamt günstigere Entwicklung prognostiziert. In den Vereinigten Staaten wird sich das Wachstum leicht abschwächen, die Volkswirtschaften Japans und Chinas dürften sich dagegen unverändert schwungvoll entwickeln. Ein Wachstum der Weltwirtschaft von 4,3 % wird für möglich gehalten.

Günstige Aussichten bestehen auch für die Wirtschaft in der Eurozone und Deutschland, hier wird ein im Vergleich zum vergangenen Jahr leicht beschleunigtes Wachstum erwartet. Dabei wird neben dem weiterhin dynamischen Exportwachstum auch eine Belebung der Unternehmensinvestitionen vorausgesagt. Das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (ifo) rechnet in der Eurozone mit einem Wachstum von 2,0%. Auch in Deutschland haben sich zum Ende des abgelaufenen Jahres die Anzeichen für einen Aufschwung gemehrt. Wichtigste Stütze werden weiterhin die Exporte sein. Aber auch die Investitionen in Ausrüstung und sonstige Anlagen werden auf Grund der verbesserten Abschreibungsbedingungen deutlich expandieren. Selbst für den privaten Konsum, das größte Sorgenkind der deutschen Binnenwirtschaft, sind die Aussichten besser als im Vorjahr. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 könnte Anlass für Vorzieheffekte sein. Das Wirtschaftswachstum könnte deshalb 2006 etwas höher ausfallen als im Jahr 2005.

Ausgehend von einer insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung können Anleger mit steigenden Kursen am Aktienmarkt rechnen. Für den Rentenmarkt sind Renditesteigerungen und damit sinkende Kurse zu erwarten.

Weiterhin große Herausforderungen für die Kreditwirtschaft.

Auch bei einer insgesamt günstigeren Entwicklung der Rahmenbedingungen ist der Markt der Kreditwirtschaft weiterhin von einem intensiven Wettbewerb und dadurch weiter steigendem Kostendruck geprägt. Insbesondere die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute müssen sich nach dem Wegfall der Staatshaftung im Spannungsfeld von verteuerter Refinanzierung, großer Konkurrenz und steigenden Leistungsansprüchen der Kunden weiter beweisen. Ein klares Profil sowie die Ausschöpfung von Synergien sind Mittel, um neue stabile Ertragsquellen zu erschließen.

LBBW: Ausbau der Geschäftsfelder.

Vor diesem Hintergrund wird die LBBW ihre definierten Geschäftsfelder und Beteiligungen weiter ausbauen, mit dem Ziel, die Marktdurchdringung sowie die Wettbewerbsfähigkeit weiter zu erhöhen und die Erträge zu steigern. Einen Schwerpunkt bildet der Ausbau des Mittelstandsgeschäftes der LRP in Rheinland-Pfalz. Im Bereich Kapitalmarkt stehen die Erweiterung des Aktiengeschäfts sowie Handel und Strukturierung von Krediten im Vordergrund, um so das zinsunabhängige Geschäft zu stärken.

Vertiefung des Leistungsverbunds.

Angesichts der veränderten Wettbewerbssituation wird die LBBW die Zusammenarbeit mit den Sparkassen auch im Jahr 2006 weiter intensivieren. Die neu etablierten Key-Account-Manager Sparkassen sorgen durch eine ganzheitliche, bedarfsgerechte und

themenübergreifende Betreuung der Sparkassen dafür, dass die Potenziale des Leistungsverbundes Baden-Württemberg noch stärker genutzt werden. Durch die Erschließung weiterer Handlungsfelder wird der Leistungsverbund darüber hinaus noch weiter ausgebaut.

Im Leistungsverbund Rheinland-Pfalz wird die LBBW zusammen mit der LRP die 2005 begonnene Zusammenarbeit an den Schnittstellen weiter optimieren.

Planung.

Die LBBW ist zuversichtlich, auch in den nächsten zwei Jahren ein zufrieden stellendes Ergebnis erwirtschaften zu können und dauerhaft eine Eigenkapitalrendite von über 15% zu erreichen. Für die Ergebnisplanung wurde hierbei von einer moderaten Steigerung des Zinsniveaus sowie einer leichten konjunkturellen Belebung ausgegangen. Bei Veränderungen der Rahmenbedingungen können sich entsprechende Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung im LBBW-Konzern ergeben.

Durch die Bündelung der Produkt- und Beratungskompetenz zweier starker Partner in der BW-Bank wurde die Basis für eine dauerhafte Wertschöpfung geschaffen.

Die Integration ermöglicht im Geschäft mit Privat- und Anlagekunden die Erschließung neuer Kundenpotenziale und eine Vergrößerung der Produkt- und Dienstleistungspalette. Damit können bestehende Stärken im gehobenen Segment, wie beispielsweise Investmentgeschäft, strukturierte Produkte oder Vermögensverwaltung, noch besser ausgeschöpft und auf diese Weise neue Erträge generiert werden.

Das Ergebnis im Segment Financial Markets wird durch ein angemessenes Rohertragswachstum nochmals leicht verbessert. Dies wird u. a. erreicht durch eine starke Ausweitung der Emissionstätigkeit im Bereich strukturierter Produkte und die Intensivierung des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts.

Im Segment Corporate Finance erwarten wir ein Wachstum bei den Bruttoerlösen. Neben selektiven Neukundenakquisitionen ist unser Ziel eine Vertiefung der Potenzialausschöpfung bestehender Kundenverbindungen. Einen weiteren Baustein zur Steigerung der Bruttoerlöse stellt die Intensivierung der gemeinsamen Marktbearbeitung mit den baden-württembergischen Sparkassen dar.

Die Kostenentwicklung der LBBW wird in den nächsten Jahren von der Integration der BW-Bank geprägt sein. Die Integration der BW-Bank ermöglicht die Vereinheitlichung von Strukturen und Prozessen sowie die Zusammenlegung von IT-Systemen und führt zu entsprechenden Effizienzvorteilen. Synergieeffekte aus der Integration der BW-Bank werden bereits ab dem Jahr 2006 erwartet. Dadurch gelingt es, den Anstieg der Personal- und Sachkosten weiterhin in Grenzen zu halten.

Die Investitionen in Sachanlagen werden sich in den kommenden Jahren wieder auf einem Normalmaß für einen Bankkonzern unserer Größe bewegen. Aus heutiger Sicht stehen in den Jahren 2006/2007 keine Großinvestitionen an.

Jahresbilanz der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim zum 31. Dezember 2005.

Aktivseite				
Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2004 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand			120 418	97 422
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			452 630	388 733
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank	444 141			378 495
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0	0
			573 048	486 155
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0	0
darunter:				
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			0
b) Wechsel			58 832	40 752
darunter:			58 832	40 752
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	58 832			40 752
3. Forderungen an Kreditinstitute (6,9,15)				0
a) täglich fällig			6 966 313	6 086 825
b) andere Forderungen (7)			138 793 909	124 815 125
			145 760 221	130 901 950
4. Forderungen an Kunden (6,7,9,15)			100 229 407	89 199 610
darunter:				0
durch Grundpfandrechte gesichert	16 382 608			12 851 387
Kommunalkredite	24 829 051			26 827 510
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (6,7,8,9,10,15)				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		24 895		33 661
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
ab) von anderen Emittenten		6 518 711		4 423 975
darunter:			6 543 606	4 457 636
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	819 603			263 565
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		11 369 696		7 745 465
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10 580 357			5 408 838
bb) von anderen Emittenten		46 470 545		46 730 686
darunter:			57 840 240	54 476 151
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	27 666 930			29 338 740
c) eigene Schuldverschreibungen			10 713 372	8 930 672
			75 097 218	67 864 459
Nennbetrag	10 144 336			5 530 842
Übertrag			321 718 727	288 492 926

Passivseite				
Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2004 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (6,18)				
a) täglich fällig			7 246 600	5 136 344
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (7)			100 451 748	81 680 638
			107 698 347	86 816 982
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (6,18)				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		6 621 153		4 713 360
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (7)		531 473		554 250
			7 152 626	5 267 610
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		17 266 275		8 915 217
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (7)		62 686 409		59 366 451
			79 952 684	68 281 668
			87 105 311	73 549 278
3. Verbriefte Verbindlichkeiten (6,7,15,18)				
a) begebene Schuldverschreibungen			106 383 155	103 285 334
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten			11 430 482	14 592 249
darunter:			11 781 3636	11 787 583
Geldmarktpapiere	11 430 482			14 592 249
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	593			0
4. Treuhandverbindlichkeiten (11)			125 839	66 222
darunter:				
Treuhandkredite	73 552			14 657
5. Sonstige Verbindlichkeiten (17)			1 880 885	2 860 541
6. Rechnungsabgrenzungsposten (14)			1 345 443	947 809
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			612 368	518 701
b) Steuerrückstellungen			242 030	189 396
c) andere Rückstellungen			336 467	344 071
			1 190 865	1 052 168
8. Sonderposten mit Rücklageanteil (19)			60 945	118 855
9. Nachrangige Verbindlichkeiten (6,20)			3 636 502	3 184 446
10. Genusrechtskapital			2 210 269	1 981 703
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	478 802			259 784
Übertrag			323 068 041	288 455 587

Aktivseite				
Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2004 Tsd. EUR
Übertrag			321 718 727	288 492 926
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (8,9)			2 626 287	1 895 108
7. Beteiligungen (8,12)			621 355	552 848
darunter:				
an Kreditinstituten	200 876			134 115
an Finanzdienstleistungsinstituten	0			0
8. Anteile an verbundenen Unternehmen (8,12)			3 660 782	3 435 248
darunter:				
an Kreditinstituten	825 449			126 759
an Finanzdienstleistungsinstituten	9 055			0
9. Treuhandvermögen (11)			125 839	66 222
darunter:				
Treuhandkredite	73 552			14 657
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0	15 073
11. Immaterielle Anlagewerte (12)			95 504	95 493
12. Sachanlagen (12)			575 765	495 580
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			0	0
darunter:				
eingefordert	0			0
14. Eigene Aktien oder Anteile			0	0
Nennbetrag	0			0
15. Sonstige Vermögensgegenstände (13)			2 834 425	1 615 902
16. Rechnungsabgrenzungsposten (14)			1 244 095	981 135
Summe der Aktiva			333 502 778	297 645 535

Passivseite				
Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2004 Tsd. EUR
Übertrag			323 068 041	288 455 587
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			0	0
12. Eigenkapital (21)				0
a) gezeichnetes Kapital				
aa) Stammkapital		1 419 800		1 280 000
ab) Stille Einlagen		3 544 484		3 291 402
			4 964 284	4 571 402
b) Kapitalrücklage			3 073 821	2 231 114
c) Gewinnrücklagen				
ca) satzungsmäßige Rücklagen		0		0
cb) andere Gewinnrücklagen		2 310 632		1 958 250
			2 310 632	1 958 250
d) Bilanzgewinn			86 000	429 182
			10 434 737	9 189 948
Summe der Passiva			333 502 778	297 645 535
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			3 818	3 371
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (18,22,23,24)			32 905 125	14 190 232
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			0	0
			32 908 942	14 193 603
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen (22)			0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen (22)			28 180 644	21 774 161
			28 180 644	21 774 161

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim
für das Geschäftsjahr 2005.

Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1. Jan. bis 31. Dez. 2004 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus (30)				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	10 259 740			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2 479 009	12 738 749		11 733 256
2. Zinsaufwendungen		11 216 683		10 141 392
			1 522 066	1 591 864
3. Laufende Erträge aus (30)				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		170 103		64 713
b) Beteiligungen		5 304		4 458
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		48 497		33 700
			223 904	102 871
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinn- abführungsverträgen			116 406	79 601
5. Provisionserträge (30,31)		478 931		360 503
6. Provisionsaufwendungen		106 535		69 658
			372 396	290 845
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften (30)			61 048	62 221
8. Sonstige betriebliche Erträge (26,30)			132 519	112 113
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			55 861	19 231
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4 586 604			3 928 885
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1 344 855			1 322 021
		593 089		524 906
darunter: für Altersversorgung 594 56				63 086
b) andere Verwaltungsaufwendungen		313 093		290 538
			906 182	815 444
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			167 126	131 558
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			81 870	94 061
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			325 480	229 171
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0	0
Übertrag			- 325 480	- 229 171
			1 003 543	988 512

Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1. Jan. bis 31. Dez. 2004 Tsd. EUR
Übertrag			1 003 543	988 512
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			6 219	79 872
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0	0
			- 6 219	- 79 872
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			2 180	35 754
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			0	11 893
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			995 144	860 993
20. Außerordentliche Erträge		0		25
21. Außerordentliche Aufwendungen (28)		546 415		71 849
22. Außerordentliches Ergebnis (28)			- 546 415	- 71 824
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (28, 29)		145 752		150 482
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		3 995		3 963
			149 747	154 445
25. Erträge aus Verlustübernahme			0	0
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			212 981	205 542
Jahresüberschuss/ Bilanzgewinn			86 000	429 182

Anhang der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim zum 31. Dezember 2005.

(1) Vorbemerkung

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 13. Juli 2005 wurde die Umwandlung der BW-Bank in die »Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG« mit Sitz in Stuttgart beschlossen.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat dabei die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin eingenommen, die BW Holding GmbH fungierte als Kommanditistin. Die Eintragung der KG im Handelsregister unter der Nummer HR A 14.292 erfolgte am 31. Juli 2005.

Unmittelbar nach der Fassung des Umwandlungsbeschlusses trat die BW Holding GmbH als Kommanditistin aufschiebend bedingt mit der Eintragung des Formwechsels im Handelsregister aus der KG aus, mit der Folge, dass die »Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG« im Wege der Anwachsung durch Gesamtrechtsnachfolge durch Übertragung aller Aktiva und Passiva ohne Liquidation auf die Landesbank Baden-Württemberg überging. Dies erfolgte am 1. August 2005.

Die Anwachsung der Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG wurde analog einer Verschmelzung gemäß § 24 UmwG durchgeführt. Als Anschaffungskosten für das übernommene Vermögen wurde der Zeitwert der untergehenden Anteile angesetzt. Entsprechend einer Verschmelzung bei der der übertragende Rechtsträger (Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG) ausschließlich im Anteilsbesitz der Mutter (Landesbank Baden-Württemberg) ist, wurde der Zeitwert der untergehenden Anteile vorsichtig ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Beteiligungsbuchwert und den Zeitwerten der einzelnen übernommenen Vermögensgegenstände abzüglich der Zeitwerte der einzelnen Schulden i.H.v. 496,7 Mio. EUR stellt den Firmenwert dar, der gemäß § 255 Absatz 4 HGB sofort als Aufwand im außerordentlichen Ergebnis verrechnet wurde.

Bei der Anwachsung der Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG handelt es sich um eine Verschmelzung von Unternehmen des Konsolidierungskreises, welche nicht die wirtschaftliche Substanz, sondern lediglich die rechtliche Selbstständigkeit des einbezogenen Unternehmens berührt. Aufgrund dessen hat die Anwachsung keine Auswirkung im Konzernabschluss.

(2) Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2005 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Der testierte Einzelabschluss 2005 der LBBW sowie die gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB ist bei den Amtsgerichten in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim hinterlegt und kann dort eingesehen werden.

Als Vorjahreszahlen sind die aus dem zum 31. Dezember 2004 von der Landesbank Baden-Württemberg erstellten Einzelabschluss resultierenden Beträge angegebe-

Gegenseitige Forderungen und Verbindlichkeiten, sowie Aufwendungen und Erträge zwischen der Landesbank Baden-Württemberg und der Baden-Württembergischen Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG wurden eliminiert.

(3) Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Bestand befindliche Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert.

Bei den Forderungen sind erkennbare Risiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen für Bonitätsrisiken sowie Wertberichtigungen für Länderrisiken berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist darüber hinaus durch Bildung einer Pauschalwertberichtigung gem. § 6 EStG auf den verbleibenden Forderungsbestand Rechnung getragen. Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes werden mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. dem beizulegenden Wert bewertet.

Die Wertpapiere sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; Wertminderungen in Folge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten ausgewiesen.

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 6a EStG und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005 bewertet.

Die Anpassung an die neuen Heubeck-Richttafeln wurde 2005 in voller Höhe erfolgswirksam berücksichtigt. Für Pensionszusagen erfolgt die Passivierung grundsätzlich unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

(4) Derivate

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 18 HGB i.V.m. § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung des Rechnungslegungshinweises des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (BFA) RH BFA 1.003 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.

Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (so genannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt. Durch die Bildung von Mikro-Hedges bestehen aus den nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden keine Marktpreisrisikopositionen.

Interne derivative Finanzinstrumente sind in der tabellarischen Darstellung ebenfalls nicht enthalten.

Derivative Geschäfte - Produktgliederung						
in Mio. EUR	Nominal- werte 31. 12. 2005	Nominal- werte 31. 12. 2004	Positiver Marktwert* 31. 12. 2005	Negativer Marktwert 31. 12. 2005	Options- prämien 2005 bezahlt	Options- prämien 2005 erhalten
Zinsrisiken						
Zinsswaps	845 470,3	593 918,0	16 048,1	- 14 909,9		
FRAs	72 414,6	35 292,5	29,2	- 8,4		
Zinsoptionen					256,2	565,4
- Käufe	11 044,8	6 751,7	413,4	0,0		
- Verkäufe	29 186,6	18 420,0	0,0	- 1 310,3		
Caps, Floors	34 094,6	25 787,0	243,2	- 174,3	184,1	136,1
Börsenkontrakte	80 099,4	70 844,8	28,2	-9,0		
Sonstige Zinstermingeschäfte	17 772,4	13 521,9	13,8	- 58,9	17,5	14,4
Zinsrisiken - insgesamt	1 090 082,7	764 535,9	16 775,9	- 16 470,8	457,8	715,9
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	93 951,4	52 092,3	1 205,2	- 924,2		
Währungsswaps, Zins-/Währungsswaps	24 493,6	22 764,7	783,0	- 1 452,4		
Devisenoptionen					92,5	79,5
- Käufe	7 001,2	2 627,6	67,4	0,0		
- Verkäufe	3 643,2	1 964,8	6,7	- 41,6		
Börsenkontrakte	0,0	0,0	0,0	0,0		
Sonstige Währungstermingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0		
Währungsrisiken - insgesamt	129 089,4	79 449,4	2 062,3	- 2 418,2	92,5	79,5
Aktien- und sonstige Preisrisiken						
Börsenkontrakte	50,2	200,6	0,9	- 0,4	4,6	4,6
Aktien-Termingeschäfte	0,1	0,0	0,0	0,0		
Aktienoptionen					547,3	351,9
- Käufe	967,0	2 236,7	257,0	0,0		
- Verkäufe	544,0	1 685,6	0,0	- 21,0		
Sonstige	62,0	4,0	2,7	- 3,2		
Aktien und sonstige Preisrisiken - insgesamt	1 623,3	4 126,9	260,6	- 24,6	551,9	356,5
Kreditderivate						
Credit Default Swaps						
- Sicherungsnehmer	8 893,8	4 396,2	48,1	- 30,0		
- Sicherungsgeber	28 108,2	10 812,5	71,4	- 73,4		
Credit Linked Notes						
- Sicherungsnehmer	723,8	336,7	20,4	- 22,2		
- Sicherungsgeber	0,0	0,0	0,0	0,0		
Credit Linked Swaps						
- Sicherungsnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0		
- Sicherungsgeber	387,3	297,3	38,4	- 40,0		
Principal Protected Swaps						
- Sicherungsnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0		
- Sicherungsgeber	118,0	0,0	7,2	- 6,0		
Total Return Swaps						
- Sicherungsnehmer	42,2	0,0	0,0	- 0,5		
- Sicherungsgeber	42,2	0,0	0,5	0,0		
Kreditderivate - insgesamt	38 315,5	15 842,7	186,0	- 172,1		
Risiken - insgesamt	1 259 110,9	863 954,9	19 284,8	- 19 085,7	1 102,2	1 151,9

* Inklusive Zinsabgrenzungen (»Dirty Price«)

Derivative Geschäfte - Handelsgeschäfte

in Mio. EUR	Nominalwerte	Nominalwerte	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert
	31. 12. 2005	31. 12. 2004	31. 12. 2005	31. 12. 2005
Zinsrisiken	908 966,7	569 998,6	11 563,1	- 10 697,9
Währungsrisiken	16 016,3	7 798,7	203,5	- 186,2
Aktien-/sonstige Preisrisiken	1 509,7	2 838,5	258,3	- 18,8
Kreditderivate	10 692,7	3 831,9	58,4	- 57,4
Handelsgeschäfte - insgesamt -	937 185,4	584 467,7	12 083,3	- 10 960,3

Derivative Geschäfte - Fristengliederung (nach Restlaufzeiten)

Nominalwerte in Mio. EUR	Bis 3 Monate	Über 3 Monate bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt
Zinsrisiken					
31. 12. 2005	328 500,7	202 983,7	294 109,1	264 489,2	1 090 082,7
31. 12. 2004	205 285,7	132 007,7	240 932,8	186 309,7	764 535,9
Währungsrisiken					
31. 12. 2005	68 978,9	36 229,0	17 559,0	6 322,5	129 089,4
31. 12. 2004	40 584,1	20 188,6	12 580,9	6 095,8	79 449,4
Aktien- und sonstige Preisrisiken					
31. 12. 2005	426,6	360,5	193,2	643,0	1 623,3
31. 12. 2004	1 378,6	1 871,8	384,8	491,7	4 126,9
Kreditderivate					
31. 12. 2005	1 253,2	3 083,7	18 681,9	15 296,7	38 315,5
31. 12. 2004	1 266,5	1 884,3	8 561,1	4 130,8	15 842,7
Risiken - insgesamt					
31. 12. 2005	399 159,4	242 656,9	330 543,2	286 751,4	1 259 110,9
31. 12. 2004	248 514,9	155 952,4	262 459,6	197 028,0	863 954,9

Derivative Geschäfte - Kontrahentengliederung

in Mio. EUR	Nominalwerte	Nominalwerte	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert
	31. 12. 2005	31. 12. 2004	31. 12. 2005	31. 12. 2005
Banken in der OECD	1 101 066,4	638 139,4	14 938,6	- 15 025,2
Banken außerhalb der OECD	4 836,1	6 639,3	41,3	- 36,4
Öffentliche Stellen in der OECD	15 597,1	11 628,9	919,2	- 570,4
Sonstige Kontrahenten	137 611,3	207 547,3	3 385,7	- 3 453,7
Kontrahenten - insgesamt -	1 259 110,9	863 954,9	19 284,8	- 19 085,7

Die Marktwerte der Derivate sind nicht gleichzusetzen mit den Marktpreisrisiken der Bank bzw. des Konzerns, die aus der Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen oder Bonitätsveränderungen resultieren, da die Steuerung der Risikoarten sowohl durch bilanzwirksame als auch durch derivative Geschäfte erfolgt. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

Bei den Marktwerten handelt es sich um die zum Bilanzstichtag ermittelten Wertansätze, zu denen eine Auflösung, Abtretung oder ein Gegengeschäft möglich wäre. Die negativen Marktwerte stellen dabei den Betrag dar, der bei einer potenziellen Auflösung der derivativen Finanzinstrumente ungeachtet des Einsatzzwecks zum Bilanzstichtag aufzuwenden wäre.

Die positiven Marktwerte beinhalten hingegen den Betrag, der bei einer potenziellen Auflösung zum Bilanzstichtag zufließen würde. Ein positiver Marktwert gibt – mit Ausnahme der Börsenkontrakte und der verkauften Optionen, die kein Adressenausfallrisiko aufweisen – gleichzeitig das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko aus derivativen Finanzinstrumenten wider, das am Bilanzstichtag bestanden hat. Ausfallrisikomindernde Netting- und Collateral-Vereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt, da sie produktübergreifend wirken.

Bewertung der derivativen Finanzinstrumente

Der Marktwert (Fair Value) von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Zeitwertanalysen, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf anerkannten finanzmathematischen Preisbildungsmodellen.

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zinsswaps	Barwertmethode
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield)
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Cox Ross Rubinstein
Devisen-Optionen	German Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell

Diese Modelle berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Bilanzielle Erfassung der Bewertungsergebnisse

Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

Mikro- und Makro-Hedges (ohne Kreditderivate)

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit derivativen Finanzinstrumenten zum Zweck der Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft.

Bei Makro-Hedges werden Derivate im Rahmen des globalen Asset-/Liability-Managements zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Bei Mikro- und Makro-Hedges erfolgt in zweckadäquater Anwendung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB (insbesondere Imparitätsprinzip und Einzelbewertungsgrundsatz) und unter Beachtung der Stellungnahmen des BFA 2/1993 und 2/1995 eine kompensatorische Bewertung.

Bei Mikro-Hedges wird diese Wertkompensation dadurch erreicht, dass Grund- und Sicherungsgeschäfte am Bilanzstichtag als Bewertungseinheit behandelt werden. Die aus Sicherungsgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge fließen in die korrespondierende Ergebnisposition des Ergebnisses aus dem Grundgeschäft ein und vermitteln somit ein betriebswirtschaftlich zutreffendes Bild.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zum Zwecke des Makro-Hedging eingesetzt werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt, da die Wertkompensation aus der globalen Asset-/Liability-Struktur der LBBW resultiert.

Trading-Geschäfte

Die Trading-Geschäfte unterliegen der Steuerung durch die Handelsbereiche innerhalb der vorgegebenen Risikolimits.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise anhand von mittels Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Zusammenfassung der so ermittelten Einzelwerte erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung auf Portfolioebene. Im Berichtsjahr wurde das Verfahren der Portfoliobewertung zu einer risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung weiter entwickelt. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltedauer, 99% Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung keine schwebenden Gewinne aus risikobehafteten Portfolien ausgewiesen werden. Zur bilanziellen Abbildung der risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode wird ein bilanzieller Ausgleichsposten gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Kreditderivate non trading

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit Default Swap Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend des Einsatzzwecks differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b) »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit Kreditderivaten zum Zweck der Absicherung von Bonitätsrisiken verknüpft. Die bilanziellen Geschäfte und die Kreditderivate werden in Bezug auf die Bonitätsrisiken kompensatorisch bewertet.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht markt bewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsergebnisse

gewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf denselben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz.

(5) Währungsumrechnung

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 56,7 Mrd. EUR (2004: 64,2 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 98,0 Mrd. EUR (2004: 75,9 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 340 h Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Stellungnahme BFA 3/1995. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Kassamittelkurs vom 30. Dezember 2005 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Kassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt.

Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen gemäß der oben beschriebenen risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz.

(6) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (soweit ermittelbar)

Folgende Bilanzpositionen enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

in Mio. EUR	31. 12. 2005	31. 12. 2004
A3. Forderungen an Kreditinstitute	145 760,2	130 902,0
darunter an verbundene Unternehmen	2 656,2	642,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	35 093,4	35 785,0
davon an baden-württembergische Sparkassen	34 205,7	35 785,0
A4. Forderungen an Kunden	100 229,4	89 199,6
darunter an verbundene Unternehmen	6 282,5	4 362,7
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	199,9	147,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75 097,2	67 864,5
darunter an verbundene Unternehmen	2 404,2	2 203,0
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3 115,7	1 842,5
P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	107 698,3	86 817,0
darunter an verbundene Unternehmen	1 472,2	168,4
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14 489,2	13 509,2
davon an baden-württembergische Sparkassen	14 417,8	13 509,2
P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87 105,3	73 549,3
darunter an verbundene Unternehmen	15 737,7	12 792,7
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	99,6	84,5
P9. Nachrangige Verbindlichkeiten	3 636,5	3 184,4
darunter an verbundene Unternehmen	308,5	285,6
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

Da die Bilanzposition »Verbriefte Verbindlichkeiten« (Passivposten Nr. 3) im Wesentlichen Inhaberschuldverschreibungen enthält, deren jeweilige Besitzer am Bilanzstichtag der LBBW als Emittent nicht bekannt sind, wird auf die Angabe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verzichtet.

(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteilige Zinsen) betragen:

in Mio. EUR	31. 12. 2005	31. 12. 2004
A3. b) Andere Forderungen an Kreditinstitute	138 793,9	124 815,1
- bis 3 Monate	45 217,3	38 643,0
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	25 960,9	17 706,5
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	39 856,5	43 235,3
- mehr als 5 Jahre	27 759,2	25 230,3
A4. Forderungen an Kunden	100 229,4	89 199,6
- bis 3 Monate	20 084,6	16 114,1
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10 787,0	9 572,7
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	23 167,6	22 505,7
- mehr als 5 Jahre	42 075,1	38 834,3
- mit unbestimmter Laufzeit	4 115,1	2 172,8
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75 097,2	67 864,5
- davon im Folgejahr fällig	20 562,7	15 978,0
P1. b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	100 451,7	81 680,6
- bis 3 Monate	50 889,1	37 771,3
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15 477,8	12 083,9
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	12 824,9	11 503,7
- mehr als 5 Jahre	21 259,9	20 321,7
P2. a) ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	531,5	554,2
- bis 3 Monate	52,0	62,1
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	257,8	160,0
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	166,7	268,6
- mehr als 5 Jahre	55,0	63,5
P2. b) bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	62 686,4	59 366,5
- bis 3 Monate	21 467,8	19 151,7
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 613,5	4 225,1
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	15 631,7	14 398,1
- mehr als 5 Jahre	20 973,4	21 591,6
P3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	106 383,2	103 285,3
- davon im Folgejahr fällig	24 548,9	26 757,1
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	11 430,5	14 592,3
- bis 3 Monate	8 835,6	9 822,3
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2 594,9	4 770,0
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
- mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

(8) Börsenfähige Wertpapiere

Die unten stehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere in folgendem Umfang:

in Mio. EUR	31. 12. 2005	31. 12. 2004
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75 097,2	67 864,5
- davon börsennotiert	61 323,8	57 485,8
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 164,5	557,8
- davon börsennotiert	1 139,3	531,6
A7. Beteiligungen	63,8	69,2
- davon börsennotiert	13,9	4,0
A8. Anteile an verbundenen Unternehmen	94,1	193,5
- davon börsennotiert	0,0	97,8

(9) Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio. EUR	31. 12. 2005	31. 12. 2004
A3. Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
A4. Forderungen an Kunden	182,1	255,7
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	458,9	194,9
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	77,9	34,3

(10) Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte

Zum Bilanzstichtag waren Schuldverschreibungen im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank 3 724,2 Mio. EUR (2004: 4 000,0 Mio. EUR) verpfändet.

Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 6 623,6 Mio. EUR (2004: 10 235,5 Mio. EUR; davon wurden 7 422,1 Mio. EUR zuvor in Pension genommen).

(11) Treuhandgeschäfte

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

in Mio. EUR	31. 12. 2005	31. 12. 2004
Treuhandvermögen	125,8	66,2
Forderungen an Kunden	73,5	12,1
Sachanlagen	52,3	51,5
Sonstige Posten	0,0	2,6
Treuhandverbindlichkeiten	125,8	66,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	71,6	10,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54,2	56,0

(12) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem folgenden Anlagespiegel zu entnehmen:

in Mio. EUR	Anschaffungs-/ Herstellungskosten (nur LBBW)	Zugänge durch Anwachsung BW-Bank	Anschaffungskosten LBBW	Zugänge	Abgänge	Umgliederungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr	Buchwert 31.12.2005	Buchwert 31.12.2004
Beteiligungen	641,1	20,5	661,6	105,3	69,0	12,3	4,5	93,3	1,0	621,4	552,8
Anteile an verbun- denen Unternehmen	3 501,2	733,3	4 234,5	2 336,3	2 805,9	- 12,3	0,0	91,8	9,6	3 660,8	3 435,2
Immaterielle Anlagewerte	279,9	52,4	332,3	29,3	22,6	119,7	0,0	363,2	56,2	95,5	95,5
Grundstücke und Bauten	575,5	152,4	727,9	61,0	8,1	0,0	0,0	362,6	78,6	418,2	352,7
davon Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	398,4	143,1	541,5	60,4	3,8	- 2,0	0,0	276,3	75,4	319,8	250,0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	551,2	150,1	701,3	44,8	75,9	- 119,7	0,0	393,0	32,3	157,5	142,9
Summe											
Anlagevermögen	5 548,9	1 108,7	6 657,6	2 576,7	2 981,5	0,0	4,5	1 303,9	177,6	4 953,4	4 579,1

(13) Sonstige Vermögensgegenstände

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung Optionsprämien von 1102,2 Mio. EUR (2004: 577,0 Mio. EUR), Ausgleichsposten aus der Portfoliobewertung von 604,2 Mio. EUR (2004: 376,5 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche von 184,6 Mio. EUR (2004: 206,3 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Steuererstattungsansprüche umfassen im Wesentlichen Ansprüche für die vergangenen Geschäftsjahre in Höhe von 95,9 Mio. EUR, ferner bestehen bei ausländischen Steuerbehörden Einlagen in Höhe von 48,2 Mio. EUR. Den Steuererstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 242,0 Mio. EUR (2004: 189,4 Mio. EUR) entgegen.

(14) Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2005	31.12.2004
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	917,7	675,2
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	697,7	459,8
Agio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB	220,0	215,4
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	139,7	150,9
Disagio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB	139,7	150,9

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 127,0 Mio. EUR (2004: 161,9 Mio. EUR) und auf der Passivseite 544,2 Mio. EUR (2004: 531,6 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

(15) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

in Mio. EUR	31.12.2005	31.12.2004
Emittierte Hypothekendarlehen nach ÖPG und PfandBG	6 303,8	6 834,0
Zur Deckung bestimmte Aktiva	8 936,9	9 521,7
A3. Forderungen an Kreditinstitute	805,6	895,1
A4. Forderungen an Kunden	8 131,3	8 626,6
Überdeckung	2 633,1	2 687,7
Emittierte öffentliche Pfandbriefe nach PfandBG	76 074,1	81 290,7
Zur Deckung bestimmte Aktiva	91 382,8	97 446,7
A3. Forderungen an Kreditinstitute	58 201,3	65 538,8
A4. Forderungen an Kunden	18 559,6	19 771,5
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14 621,9	12 136,4
Überdeckung	15 308,7	16 156,0

(16) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG					
in Mio. EUR	31.12.2005				
a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe					
Nennwert	91 383				
Barwert	97 382				
Barwert (+250 BP)	90 536				
Barwert (-250 BP)	105 469				
Umlauf an öffentlichen Pfandbriefen					
Nennwert	76 074				
Barwert	80 630				
Barwert (+250 BP)	74 833				
Barwert (-250 BP)	87 638				
Überdeckung					
Nennwert	15 309				
Barwert	16 752				
Barwert (+250 BP)	15 703				
Barwert (-250 BP)	17 831				
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0				
c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe					
in Mio. EUR	31.12.2005				
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	15 884	37 723	34 105	3 671	91 383
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	12 257	38 750	24 220	847	76 074

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

in Mio. EUR

31.12.2005

	Staat	regionale Gebiets- körperschaft	örtliche Gebiets- körperschaft	sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	330	6 009	7 798	73 021	87 158
Finnland	36	0	0	0	36
Frankreich inkl. Monaco	0	0	131	0	131
Griechenland	732	0	0	0	732
Italien	884	132	22	0	1 038
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	78	0	0	78
Österreich	13	0	0	0	13
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	59	0	0	59
Schweiz	0	1 351	26	0	1 377
Spanien	7	392	0	0	399
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	62	0	0	62
Gesamt	2 302	8 083	7 977	73 021	91 383

e) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

in Mio. EUR

31.12.2005

	Staat	regionale Gebiets- körperschaft	örtliche Gebiets- körperschaft	sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG					
in Mio. EUR					31.12.2005
a) Deckungsmasse für Hypothekendarlehen					
Nennwert					2 051
Barwert					2 222
Barwert (+250 BP)					2 001
Barwert (-250 BP)					2 497
Umlauf an Hypothekendarlehen					
Nennwert					101
Barwert					104
Barwert (+250 BP)					94
Barwert (-250 BP)					115
Überdeckung					
Nennwert					1 950
Barwert					2 118
Barwert (+250 BP)					1 907
Barwert (-250 BP)					2 382
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse					0
c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Darlehen					
in Mio. EUR					31.12.2005
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	306	817	775	153	2 051
Umlaufende Hypothekendarlehen	0	90	11	0	101
d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen Deckungsmassen					
in Mio. EUR					31.12.2005
bis 300 Tsd. EUR					221
über 300 Tsd. EUR bis 5 Mio. EUR					1 010
über 5 Mio. EUR					820
Gesamt					2 051
e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land					
in Mio. EUR					31.12.2005
					Bundesrepublik Deutschland
Gewerblich genutzte Grundstücke					0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke					0
Wohnungen					52
Einfamilienhäuser					83
Mehrfamilienhäuser					1 141
Bürogebäude					254
Handelsgebäude					92
Industriegebäude					0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude					380
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude					45
Bauplätze					1
Sonstige Deckung					3
Gesamt					2 051

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG

f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land

in Mio. EUR

	31.12.2005	
	Bundesrepublik Deutschland	
Gesamt		0

g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

Anzahl

	31.12.2005	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

Anzahl

	01.01.2005 - 31.12.2005	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Gesamt	0	0

i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

in Mio. EUR

	31.12.2005	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Gesamt	0	0

j) Gesamtbetrag der Rückzahlungen auf die Hypotheken

in Mio. EUR

	01.01.2005 - 31.12.2005	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Rückzahlung durch Amortisation	19	13
Rückzahlung in anderer Weise	4	13
Gesamt	23	26

(17) Sonstige Verbindlichkeiten

Als wichtigste Einzelposten enthalten die Sonstigen Verbindlichkeiten Optionsprämien über 1151,8 Mio. EUR (2004: 713,5 Mio. EUR) und Devisenausgleichsposten über 436,2 Mio. EUR (2004: 1946,7 Mio. EUR).

(18) Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio. EUR	31.12.2005	31.12.2004
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8 022,7	8 346,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2 917,1	2 279,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	91,9	82,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	10,3	7,4
Eventualverbindlichkeiten	113,9	86,2
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihegeschäften	3 011,2	2 607,2
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	14 167,1	13 409,2

(19) Sonderposten mit Rücklageanteil

Die Bildung und Verwendung des bestehenden Sonderpostens mit Rücklageanteil (§ 247 Abs. 3 i.V.m. § 273 HGB) in Höhe von 60,9 Mio. EUR erfolgte analog den Vorschriften des § 6b EStG. Im Geschäftsjahr 2005 wurden 55,9 Mio. EUR der Rücklage nach § 6b EStG aufgelöst.

55,9 Mio. EUR wurden auf das in 2005 angeschaffte Grundstück Pariser Platz übertragen. Im gleichen Zeitraum wurden 7,5 Mio. EUR Veräußerungsgewinne aus Grundstücken und Gebäuden des Anlagevermögens direkt übertragen. Die Übertragung führte in der GuV Position 11 Abschreibung und Wertberichtigung auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen insgesamt zu einer Sonderabschreibung auf Gebäude in Höhe von 63,4 Mio. EUR.

(20) Nachrangige Verbindlichkeiten

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen in Höhe von 195,0 Mio. EUR (2004: 193,9 Mio. EUR) angefallen.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 3 636,5 Mio. EUR entsprechen nach Abzug der anteiligen Zinsen (65,9 Mio. EUR), von drei Fünfteln aus 281,4 Mio. EUR (168,8 Mio. EUR) und Korrekturen (0,8 Mio. EUR) bis auf ein Schuldscheindarlehen (1,5 Mio. EUR) den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Dabei werden 281,4 Mio. EUR (Vorjahr 115,7 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (112,6 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a Satz 2 KWG unterschritten ist. Nach Abzug des Disagios (14,5 Mio. EUR) und zuzüglich weiterer Korrekturen (0,8 Mio. EUR) werden von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2005 3 385,8 Mio. EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zugerechnet.

Eine MTN Emission in Höhe von 500 Mio. USD (420,2 Mio. EUR) mit einem Zinssatz von 6,35% und einer Laufzeit bis zum 1. April 2012 sowie eine MTN Emission über 397,2 Mio. EUR mit einem Zinssatz von 4,75% und einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2015 übersteigen die Grenze von 10% der gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten. Die MTN Emission erfüllt die Vorgabe des § 10 Abs. 5a KWG für die Anerkennung als Ergänzungskapital.

(21) Eigenkapital

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

in Mio. EUR	31.12.2005
Eigenkapital am 31. Dezember 2004	9 189,9
./.. Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2004	76,8
Zugang Stammkapital (1. Januar 2005)	
+ Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz	69,9
+ Landeskreditbank - Förderbank Karlsruhe	69,9
+ Kursbedingte Veränderungen der Stillen Einlagen	54,9
./.. Rückzahlung Stille Einlagen (Sparkasse Biberach)	1,8
+ Zugang Stille Einlagen aus der Migration BW-Bank (Beteiligungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg mbH)	200,0
Zugang Kapitalrücklage (1. Januar 2005)	
+ Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz - Agio	421,3
+ Landeskreditbank - Förderbank Karlsruhe - Agio	421,4
+ Bilanzgewinn 2005	86,0
Eigenkapital am 31. Dezember 2005	10 434,7

(22) Posten unter dem Strich

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 22 042,0 Mio. EUR (2004: 8 491,6 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantieähnlichem Charakter bereitstellt. Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (3) Derivate dargestellt.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Forward Forward Deposits bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 896,6 Mio. EUR (2004: 613,5 Mio. EUR).

Aus Garantien für die Platzierung oder Übernahme von Finanzinstrumenten gegenüber Emittenten ist die LBBW im Geschäftsjahr (wie im Vorjahr) nicht in Anspruch genommen worden.

(23) Patronatserklärung

Die LBBW trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

(24) Gewährträgerhaftung

Die LBBW haftet für Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, der Landesbank

Rheinland-Pfalz Girozentrale, Mainz sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe als Gewährträger bis zum Wegfall der Gewährträgerhaftung (18. Juli 2005).

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel (LB Kiel), Westdeutsche Immobilienbank Mainz und SachsenLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig.

(25) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 183,0 Mio. EUR (2004: 157,5 Mio. EUR); davon entfallen 72,8 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 51,8 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 42,4 Mio. EUR (2004: 45,3 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstitute entstehen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

(26) Sonstige betriebliche Erträge

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 68,2 Mio. EUR auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens und auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.

(27) Abschlussprüferhonorar

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst ausschließlich die von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

in Mio. EUR	31.12.2005
Abschlussprüfung	2,2
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	0,1
Steuerberatungsleistungen	-
Sonstige Leistungen	0,4
Gesamt	2,7

(28) Außerordentliches Ergebnis

Im außerordentlichen Ergebnis ist im Wesentlichen der durch die Anwachsung der Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG entstandene Aufwand mit 496,7 Mio. EUR enthalten. Des Weiteren fielen Restrukturierungs- und Integrationsaufwendungen in Höhe von -45,4 Mio. EUR an.

(29) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Anwachsvorgang der Baden-Württembergische Bank Anstalt des öffentlichen Rechts & Co. KG auf die Landesbank Baden-Württemberg erfolgte steuerneutral.

Der Steuersatz auf den im Inland steuerpflichtigen Gewinn beträgt unverändert 38,9%.

in Mio. EUR	31.12.2005	31.12.2004
Bundesrepublik Deutschland	11 489,0	10 611,6
Europa	1 330,0	1 210,8
Asien	343,7	285,8
Amerika	472,5	262,8
Gesamt	13 635,2	12 371,0

(30) Aufgliederung der Erträge nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten

- Nr. 1: Zinserträge
- Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
- Nr. 5: Provisionserträge
- Nr. 7: Nettoertrag aus Finanzgeschäften
- Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die unten stehenden geographischen Märkte wie folgt:

(31) Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten sowie Investment- und Immobilienfonds.

Sonstige Angaben.

(32) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten

Atos Processing Services GmbH, Frankfurt am Main
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
Baden-Württembergische Kapitalanlagegesellschaft mbH, Stuttgart
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Amsterdam
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart
Cellent AG, Stuttgart
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
HSBC Trinkaus & Burkhardt KGaA, Düsseldorf
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets plc, London
LBBW Bank Ireland plc, Dublin
Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz
LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart
LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart
SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main
SüdLeasing GmbH, Stuttgart/Mannheim
Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn
Universal Investment Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
VBH Holding AG, Korntal-Münchingen
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

(33) Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 15. Juli 2005
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder ab 16. Juli 2005
AIG International Real Estate GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Patrick Walcher
Baden-Württembergische Bank AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 31. Juli 2005
Baden-Württembergische Kapitalanlagegesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Jürgen Bockholt
Baden-Württemberg L-Finance N. V., Amsterdam	Aufsichtsrat	Heinrich Lichtl bis 24. Februar 2005
	Aufsichtsrat	Wolf-Dieter Ihle ab 24. Februar 2005
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger	
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Karl Heidenreich bis 25. April 2005	
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter ab 1. Mai 2005	
	Aufsichtsrat	Michael Horn	
	Mitglied der Bürgschaftsausschüsse	Andreas Claus	
	stv. Mitglied der Bürgschaftsausschüsse	Jürgen Kugler	
	stv. Vorsitzender der Bürgschaftsausschüsse der Haftungsgruppen Handel, Freie Berufe, IVG und Gartenbau	Ulrich Vrede	
	stv. Mitglied der Bürgschaftsausschüsse der Haftungsgruppe Handwerk	Ulrich Vrede	
	Mitglied der Bürgschaftsausschüsse	Georg Wolber bis 31. Juli 2005	
	Cellent AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf ab 30. Juni 2005 bis 19. Oktober 2005
		Vorsitzender des Aufsichtsrats	Rudolf Zipf ab 20. Oktober 2005
Aufsichtsrat		Thomas Loetto bis 30. Juni 2005	
stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats		Andreas Zimber und Thomas Zeler ab 20. Oktober 2005	
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski	
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxembourg S.A., Luxembourg	Verwaltungsrat	Ralf Menzel	
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Dr. Karl Heidenreich bis 30. April 2005	
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter ab 1. Juli 2005	
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Michael Horn	
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder	
DekaSwiss Privatbank AG, Zürich	Verwaltungsrat	Michael Horn ab 1. April 2005	
Dekra SüdLeasing Services GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck	
	Aufsichtsrat	Peter Bach	
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke	
Ficosa International S.A., Barcelona	Aufsichtsrat	Juan-Miguel Lopez Rueda	
Grieshaber AG, Bad Säckingen und Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 19. September 2005	
	Aufsichtsrat	Michael Horn ab 19. September 2005	
GWG Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Hermann Zondler bis 31. März 2005	
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck	
Hypo SüdLeasing GmbH, Dornbirn	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall	
Karlsruher Versicherung AG, Karlsruhe	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall	

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
K + S Aktiengesellschaft, Kassel	Aufsichtsrat	Dr. Karl Heidenreich als Vorstand der LBBW bis 30. April 2005
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale, Mainz	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Verwaltungsrat	Michael Horn (bisher stv.)
	stv. Verwaltungsrat	Dr. Karl Heidenreich bis 30. April 2005
	stv. Verwaltungsrat	Dr. Bernhard Walter ab 1. Mai 2005
	stv. Verwaltungsrat	Joachim E. Schielke
LBBW Ireland plc, Dublin	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
	Chairman of the Board of Directors	Stephan Ziegler bis 14. September 2005
	Chairman of the Board of Directors	Hans-Joachim Strüder ab 15. September 2005
	Deputy Chairman of the Board of Directors	Horst Marschall bis 2. September 2005
	Deputy Chairman of the Board of Directors	Dr. Bernhard Walter ab 15. September 2005
	Member of the Board of Directors	Dr. Bernhard Walter bis 14. September 2005
	Member of the Board of Directors	Hansjörg Müller-Hermann bis 2. September 2005
	Member of the Board of Directors	Stephan Ziegler ab 15. September 2005 bis 5. Dezember 2005
	Member of the Board of Directors	Dr. Peter Kaemmerer ab 15. September 2005 bis 5. Dezember 2005
	Member of the Board of Directors	Guido Paris ab 15. September 2005
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart	Member of the Board of Directors	Frank O'Riordan
	Verwaltungsrat	Michael Horn
LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Stuttgart	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski ab 24. Februar 2005
LHS Besitz GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Karl Heidenreich bis 30. April 2005
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter ab 1. Mai 2005
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck
LHS Leasing- und Handelsgesellschaft Deutschland mbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Peter Bach
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck
LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A., Luxemburg	Aufsichtsrat	Peter Bach
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Verwaltungsrat	Michael Horn ab 31. März 2005
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Karl Heidenreich bis 30. April 2005
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn ab 1. Mai 2005
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter ab 1. Mai 2005

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Beirats	Dr. Karl Heidenreich bis 30. April 2005
	stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn ab 1. Mai 2005
	Beirat	Dr. Bernhard Walter ab 1. Mai 2005
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 7. Juli 2005
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer ab 8. Juli 2005
Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Hermann Zondler bis 31. März 2005
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny
Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft mbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf bis 17. Juli 2005
SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 30. September 2005
	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder ab 7. November 2005
	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 30. September 2005
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Merk
SüdWert Wohnungsprivatisierungs-GmbH, Bietigheim-Bissingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Rainer Konopka
	stv. Aufsichtsrat	Rudolf Klenk
	Aufsichtsrat	Dr. Frank Schwertfeger
Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
SV Sparkassen-Versicherung Baden-Württemberg Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
tisoncon Aktiengesellschaft Infosystems, Neu-Ulm	Aufsichtsrat	Norbert Floegel bis 25. Oktober 2005
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski bis 26. Januar 2005
	Aufsichtsrat	Michael Horn ab 27. Januar 2005
Wampfler AG, Weil am Rhein	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Beuth bis 31. Dezember 2005
	Aufsichtsrat	Helmut Dohmen ab 1. Januar 2006
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn ab 31. Mai 2005
Wüstenrot Bank AG, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder ab 1. April 2005
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Manfred Rube bis 31. Dezember 2005
	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke ab 1. Januar 2006

(34) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
LBBW			
Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen	4 036	4 334	8 370
Ausländische Niederlassungen	85	69	154
Repräsentanzen	25	27	52
Summe LBBW	4 146	4 430	8 576
nachrichtlich:			
Auszubildende	217	228	445

(35) Gesamtbezüge der Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 3,7 Mio. EUR. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Trägerversammlung und des Kreditausschusses betragen 0,5 Mio. EUR. Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 6,0 Mio. EUR; Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind in Höhe von 49,3 Mio. EUR gebildet.

(36) Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängerinstitute

in Mio. EUR	Vorstand	Verwaltungsrat	Trägerversammlung
Vorschüsse und Kredite	0,6	4,5	0,1
Haftungsverhältnisse	-	-	-

**(37) Mitglieder der Geschäftsführungs- und
Aufsichtsorgane**

Vorstand.

Dr. Siegfried Jaschinski

Vorsitzender

Michael Horn

stv. Vorsitzender

Dr. Karl Heidenreich

- bis 30. April 2005 -

Joachim E. Schielke

Hans-Joachim Strüder

- ab 01. April 2005 -

Dr. Bernhard Walter

- ab 01. Mai 2005 -

Rudolf Zipf

Verwaltungsrat.

Vorsitzender

Heinrich Haasis

Senator E. h.,
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

Günther H. Oettinger, MdL

bis 12. Mai 2005
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Stefan Mappus, MdL

ab 6. Juli 2005
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart
(Mitglied des Verwaltungsrats
ab 11. Mai 2005)

2. stv. Vorsitzender

Dr. Wolfgang Schuster

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

Thomas Berreth*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Siegfried Bessey*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Harald Coblenz*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

Wolfgang Daum

bis 30. April 2005
Sparkassendirektor i. R.,
Niefern-Öschelbronn

Georg Denzer

bis 31. Mai 2005
Landrat i. R., Tauberbischofsheim

Bernd Doll

Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Sparkasse Kraichgau

Dr.-Ing. E. h. Heinz Dürr

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Dürr AG, Stuttgart

Dr. Susanne Eisenmann

bis 30. Juni 2005
Bürgermeisterin der
Landeshauptstadt Stuttgart

Walter Fröschle*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Jürgen Hils

Senator E. h., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Göppingen

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Dr. Dieter Hundt

Senator E. h.,
Präsident der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände,
Geschäftsführender Gesellschafter
der ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

Jens Jungbauer*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dipl.-Ing. (FH) Manfred Kanzleiter

Stadtrat, Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

Lian Lie Liem*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Horst Mehrländer

Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
Baden-Württemberg, Stuttgart

Ulrich Müller, MdL

von 1. Januar 2005 bis 10. Mai 2005
Minister a. D., Ravensburg

Günther Nollert*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

Gerhard Nübling

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Rottweil

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, MdL

bis 10. Mai 2005
Minister, Bevollmächtigter des Landes
Baden-Württemberg beim Bund, Berlin

Nils Schmid, MdL

Rechtsanwalt, Finanzpolitischer
Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

Claus Schmiedel, MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg

Hermann Seimetz, MdL

Senator E. h., Rektor i. R.,
stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

Willi Stächele, MdL

ab 11. Mai 2005
Minister des Staatsministeriums und
für europäische Angelegenheiten des
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Gerhard Stratthaus, MdL

ab 11. Mai 2005
Finanzminister des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans Otto Streuber

ab 1. Januar 2005
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Rheinland-Pfalz,
Budenheim

Jürgen Teufel

ab 29. Juni 2005
Senator h. c., Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Pforzheim Calw, Pforzheim

Gabriele Tietz*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Reinhold Uhl

ab 1. Juli 2005
Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

Werner Unfried*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Kurt Widmaier
ab 29. Juni 2005
Landrat des Landkreises Ravensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ravensburg

Norbert Zipf*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

Dipl.-Oec. Muhterem Aras
Stadträtin, Steuerberaterin, Stuttgart

Stefan Barg
Stadtrat, Regierungsdirektor,
Staatsministerium Baden-Württemberg,
Stuttgart

Hans Bauer*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Bernd Bechtold
Präsident der IHK Karlsruhe,
Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g.
bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH,
Karlsruhe

Christian Brand
ab 18. Juli 2005
Vorsitzender des Vorstands der
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank –, Karlsruhe

Klaus Czernuska
bis 19. Oktober 2005
Landrat i. R., Bad Wimpfen

Wolfgang Drexler, MdL
Oberamtsanwalt a. D.,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

Gundolf Fleischer, MdL
Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D.,
stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

Michael Föll
Erster Bürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Armin Freundl*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Jochen Haaga
bis 13. April 2005
Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Sparkasse Salem-Heiligenberg, Salem

Dr. Rainer Haas
Landrat des Landkreises Ludwigsburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ludwigsburg

Eberhard Häge*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Rainer Hägele
Ministerialdirektor im Finanzministerium
Baden-Württemberg, Stuttgart

Martin Haible*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Karlheinz Heinzelmann*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Horst Hoffmann
ab 1. Januar 2005
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Südliche
Weinstraße in Landau, Landau

Udo Hummel*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans Georg Junginger, MdL
ab 8. Dezember 2005
Rechtsanwalt, Weinheim

Timo Klein*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

Heinz-Jürgen Koloczek
Oberbürgermeister a. D., Tuttlingen

Sabine Lehmann*
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

Thomas Lützelberger
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Schwäbisch
Hall-Crailsheim

Hermann Mader
ab 19. Oktober 2005
Landrat des Landkreises Heidenheim,
Verwaltungsratsvorsitzender der
Kreissparkasse Heidenheim

Peter May
Senator E. h.,
Honorarkonsul von Uruguay,
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Stuttgarter Hofbräu AG, Stuttgart

Herbert Moser, MdL
bis 8. Dezember 2005
Ministerialrat a. D., Geschäftsführer
der Landesstiftung Baden-Württemberg
gGmbH, Stuttgart

Heribert Rech, MdL
bis 18. Juli 2005
Innenminister des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Siegfried Rieg
Kreisrat, Oberbürgermeister a. D.,
Giengen

Dieter Rösler*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Johann Roth
ab 13. April 2005
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Bezirkssparkasse
Reichenau

Peter Schneider, MdL
bis 29. Juni 2005
Landrat des Landkreises Biberach,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Biberach

Gerd Siebertz*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Joachim Walter
ab 29. Juni 2005
Landrat des Landkreises Tübingen,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Tübingen

Prof. Dr. Willi Weiblen
Ministerialdirigent im Wirtschafts-
ministerium Baden-Württemberg,
Stuttgart

Clemens Winckler, MdL
Abgeordneter im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim,
den 10. März 2006

Der Vorstand



Dr. Siegfried Jaschinski



Michael Horn



Joachim E. Schielke



Hans-Joachim Strüder



Dr. Bernhard Walter



Rudolf Zipf

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim (LBBW), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der LBBW sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben

in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 10. März 2006

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Schuldt)
Wirtschaftsprüfer

(Bucksch)
Wirtschaftsprüfer